H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 81
März./Apr. 03
2,00 Euro

Nazis gegen den Krieg?

antisemitisch, antiamerikanisch, demagogisch!



DER RECHTE RAND

Informationen von und für AntifaschistInnen

Neofaschisten gegen Irak-Krieg – CDU gegen antifaschistische und antirassistische Initiativen – Neonazis als Security – Bundesparteitag „Schill-Partei" – Nazi-Szene Berlin-Brandenburg – NPD-Verbotsverfahren – Streit bei „Freien Nationalisten" – Neofaschisten in Rockerszene – Porträt „Nouvelle Droite" – Völkische Bewegung in Ostbelgien – Bombenkriegsdebatte – Rezensionen – Meldungen

In diesem Heft

Fotos in dieser Ausgabe:
www.arbeiterfotografie.com (S. 10), AIB (S. 13 unten), P. Jülich (S. 14 Mitte), S. Rheker (S.11 oben), Bildarchiv DER RECHTE RAND (S. 5, 6, 15 oben).

Editorial

Der „Aufstand der Anständigen" scheint endgültig beendet zu sein. Während die rot-grüne Bundesregierung verschämt die Mittel zur „Abwehr von Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus" (so heißt es in der Koalitionsvereinbarung von SPD und „Grünen") um mehrere Millionen Euro zurückfährt, wittert die CDU/CSU „Morgenluft". In CDU-regierten Ländern werden Mittel, die als Kofinanzierung für die Vergabe von Bundesmitteln für antirassistische und antifaschistische Projekte unumgängliche Voraussetzung sind, massiv gestrichen. In Sachsen-Anhalt ist so der offenbar politisch unerwünschte Verein „Miteinander e.V." praktisch liquidiert worden. Damit „werden auch durch Bund und EU finanzierte Initiativen in Sachsen-Anhalt nicht fortgeführt. Dabei geht es um das Projekt 'Civitas' zur Beratung von Opfern rechtsextremer Gewalt und die 'Xenos'-Initiative zur Fortbildung von Lehrern im Umgang mit Fremdenfeindlichkeit an ihren Schulen" urteilt der Berliner „Tagesspiegel". Ein ähnliches Schicksal droht jetzt in Sachsen auch dem von Gewerkschaften, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen getragenen Projekt „Mobit" (Mobile Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Thüringen).

Bundesweit versucht die CDU/CSU, die einschlägigen Programme (u.a. „Civitas" und „Entimon") ganz abzuschaffen bzw. die frei werdenden Gelder für den „Kampf gegen den Islamismus" umzuwidmen. Spekuliert wird mit der Terrorhysterie nach dem 11. September 2001, obwohl die statistischen Zahlen eine ganz andere Sprache sprechen. Zugenommen hat in Deutschland im vergangenen Jahr allein die Anzahl der Delikte mit rechtem Hintergrund (mindestens 10.579). Die Forderung der Unionsparteien, den „anti-totalitären Konsens" einzuhalten und auch gegen links vorzugehen, so wie es bspw. der CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann fordert, dürfte allein dem Bestreben der Konservativen geschuldet sein, die Kontakte von CDU-PolitikerInnen in das extrem rechte Lager zu übertünchen sowie KritikerInnen ihrer Asylpolitik den Stempel "linksextrem" aufzudrücken und damit mundtot zu machen. Demokratische Spielregeln werden dabei - wie bei der Verhinderung der Neofaschismus-Ausstellung der VVN-BdA in Pforzheim geschehen - schon mal außer Acht gelassen. Auch der Rechte Rand bekommt bei diesem Spiel selbstverständlich etwas ab: Im CDU-regierten Baden-Württemberg dokumentiert der Verfassungsschutz in seiner Broschüre „Antifaschismus als Aktionsfeld von Linksextremisten" ein Titelblatt des Rechten Randes unter der Überschrift „Militanter 'Antifaschismus'" - ohne dieses auch nur ansatzweise inhaltlich zu begründen. Ganz offensichtlich soll hier nur diffamiert werden.

In eigener Sache:

Seit Mitte letzten Jahres hat der Ex-Grüne und Berliner „Neuheide" Géza von Neményi dem Rechten Rand mit juristischen Schritten gedroht. Auf unserer Internetseite hatten wir einen Artikel aus der 1994 erschienenen Nummer 30 des Rechten Randes dokumentiert, in dem es heißt: „So waren bei der 1985 bekanntgewordenen Unterwanderung des Berliner Landesverbandes (der Grünen) hauptsächlich Wicca, die gleichzeitig dem Armanenorden angehörten, vertreten: Matthias Wenger und Geza von Nemenyi (letzterer Mitglied des Grünen Landesvorstandes)." Bei seiner Klagedrohung ging es Neményi hauptsächlich darum, seine frühere Zugehörigkeit zum „Armanenorden" zu bestreiten. Nachdem der Rechte Rand dem Gericht einen Teil seiner Unterlagen, u.a. Auszüge aus einem Schriftwechsel Neményis mit der „Großmeisterin" des „Armanenordens", Sigrun Freifrau von Schlichting, zugänglich gemacht hatte, teilte Géza von Neményi dem Gericht mit, dass er die Klage nicht einreichen werde.

Das nächste Heft des Rechten Randes erscheint Anfang Mai. Redaktionsschluss ist am 10.4.2003.

Termine

21.-23.3.2003 in Hannover: Kongress „rock gegen rechts!?!", Infos unter www.ujz-korn.de/rgr, unter Mitwirkung von „Der Rechte Rand"-Autoren und -Redakteuren

Besondere Opfer

Neofaschisten gegen drohenden Irak-Krieg

Die extreme Rechte macht für die Verteidigung Iraks gegen den „US-Imperialismus" mobil. Wenn in den kommenden Wochen wieder hunderttausend Menschen wegen des Irak-Konflikts auf die Straße gehen, werden Neonazis erneut versuchen sich einzureihen.

Von Andreas Speit

Seit Wochen propagiert die extreme Rechte, gegen die „US-Kriegspolitik" zu protestieren. Mit den Parolen „Kein Blut für Öl", „Stoppt den US-Imperialismus" oder „USA – internationale Völkermordzentrale" appelliert sie auch an die Linke – klingen die Parolen doch nach linken Argumenten.

Von der „Deutschlandbewegung" über die DVU, die NPD bis zu den „Aktionsbüros" der „Freien Nationalisten" sind ähnlich lautende Appelle gegen den „Weltkrieg ums Öl" erschienen. Aber nicht nur die „wahre Motivation für die US-Politik" eint das heterogene Spektrum, sondern auch die Intention und Argumentation. Denn trotz aller politischen Differenzen rekurrieren die Rechten aller Couleur bei ihren „friedenspolitischen" Appellen auf die gleiche theoretische Basis. Schon in den 1970er Jahren aktualisierte vor allem die Neue Rechte des nationalrevolutionären Spektrums diese nun wiederkehrende Argumentation von ethnopluralistischen, antiamerikanischen und antisemitischen Theoremen. Sie forcierte auch die Querfrontstrategie, indem sie linke Parolen kopierte und sich bei Aktionen für „Frieden und Umwelt" engagierte. Am radikalsten formulieren heute die Aktivisten der „Aktionsbüros" und der NPD die vermeintlichen Antikriegs-Positionen.

„Ziehen uns die Amis in den Weltkrieg?" fragt das „Aktionsbüro Norddeutschland" um Tobias Thiessen in einem Kampagnenaufruf gegen den Irak-Krieg und antwortet, dass die „BRD durch die NATO-Mitgliedschaft zur Kriegsunterstützung" gezwungen sei. Umso mehr müsse der „nationale Widerstand" sich bemühen, die „Stimmungslage" so zu beeinflussen, dass die deutsche „Regierung den Mut findet, sich aus der verhängnisvollen NATO-Verflechtung" zu lösen. Der „gesamte europäische Kontinent" stehe seit dem Zweiten Weltkrieg unter der „Kontrolle der USA". Was „Internationaler Währungsfond und Weltbank auf dem wirtschaftlichen Sektor" seien, heißt es auf der Website, wo auch gleich ein Plakat „Not with U$" zum downloaden bereit liegt, sei die „NATO im militärischen Bereich" - ein Machtinstrument zur Durchsetzung der „neuen Weltordnung unter Führung der USA". Die Argumentation impliziert völlig getreu dem Konzept des „Befreiungsnationalismus", dass „die Deutschen" wie „jedes Volk" ein Recht auf Selbstbestimmung hätten und sich gegen die „Fremdherrschaft" widersetzen müssten. In der Argumentation klingt bereits ein Geschichtsrevisionismus an, der aber noch deutlicher betont wird: „Was vor knapp 60 Jahren mit Deutschland passiert ist, wiederholt sich nun im Irak. Politische Rufmordkampagne (...), Wirtschaftsembargo und dann Bombenterror". Diese Argumentation findet sich auch in dem Aufmarschaufruf „Amis raus – Freiheit rein" des „Aktionsbüros" zum 22. Februar diesen Jahres in Hamburg wieder. Ähnliche Formulierungen finden sich beim „Aktionsbüro Mitteldeutschland".

Diese Parallele greift auf das Konzept des Ethnopluralismus zurück. Der „Nationalismus auf Gegenseitigkeit" unterstellt, dass sich die „soziokulturellen Eigenheiten der Völker" durch die Evolution entwickelt hätten und - da natürlich gewachsen - unabänderbar seien. Diese „natürliche Volksidentität" gelte es vor fremden Mächten und Einflüssen zu schützen. Die „Natürlichkeit" bedeutet keine „Gleichberechtigung der Völker". Aber wenn „die Iraker" in ihrem Land bleiben und es verteidigen, so der Hintergedanke, haben sie alle Unterstützung verdient. Insbesondere wenn der „Aggressor" Amerika oder Israel sein sollte. Die Argumentation präsentiert das „Aktionsbüro" auch in dem Aufruf: Der „Kampf gegen den Terrorismus" solle allein die „wirtschaftliche Macht der US-Konzerne und der weltweiten Geldverleiher ausbauen". Die US-Politik ist also demnach nichts anderes als der „zionistische oneworld Terror". In dieser Kritik wird nicht nur ein Weltmachtstreben der US-Regierung formuliert, das diese vor allem durch ihren alle andere Kulturen von innen zersetzenden „Coca-Cola-Imperialismus" langsam durchsetzte, sondern auch eine Weltverschwörung der Juden.



Aufmarsch von „Freien Kameradschaften" unter dem Motto „Amis raus - Freiheit rein" am 22.2.2003

Ohne diese Phantasmen und Halluzinationen argumentiert auch nicht der NPD-Vorstand um Udo Voigt in dessen Appell „zur Teilnahme an Friedensdemonstrationen". Schon der Titel „Volk steh auf" offenbart, dass „das Volk" als ein handelndes Subjekt verstanden wird. Die Feinde der „freien Völker" sind schnell ausgemacht: „Die One-World-Strategen". In der Geschichte wären „Deutschland, Japan, Vietnam und der Irak" die „besonderen Opfer" gewesen. Diese Gleichsetzung Deutschland - Vietnam soll den Nationalsozialismus gar als berechtigte Selbstverteidigung gegen Fremdherrschaft erscheinen lassen - Befreiungsnationalismus und Ethnopluralismus antisemitisch und antiamerikanisch formuliert. Weniger verklausuliert präsentiert Horst Mahler in der für die NPD richtungsweisenden Schrift „Das Recht und die ‚große metallene Bestie'" „die Juden" als die „wirklichen" Kriegstreiber: „Der in der neuen Welt nun auch zu militärischer Macht gelangte jüdische Auserwähltheitswahn duldet nicht die Völker (...) als selbstbestimmte Gemeinwesen (...). Das Große Töten durch die judäoamerikanische Massenvernichtungsmaschine wird so lange anhalten, bis die Völker im Herzen Zebaoth den Teufel erkannt haben und ihn zur Hölle jagen". Nicht minder tief in antisemitische Verschwörungsphantasmen versinkt

Mahler in „Independence-Day-live“, in dem die Anschläge vom 11. September als „das Ende des Amerikanischen Jahrhunderts, das Ende des globalen Kapitalismus und damit das Ende des weltlichen Jahwe-Kult, des Mammonismus“ interpretiert werden.

Der antiimperialistische und globalisierungskritische Jargon der extremen Rechten übertönt kaum ihre antiamerikanischen und antisemitischen Motivationen. Aus dieser Position heraus engagieren sie sich gegen eine „US-Intervention im Irak“. Dies ist keine Kritik am Krieg, sondern Solidarität mit dem Irak.

Die rechte Argumentation signalisiert, wie notwendig eine Reflektion der friedenspolitischen Positionen und Parolen ist. Die antiamerikanischen und antisemitischen Sentenzen diffuser Friedenspositionen können rechte Optionen tolerierbar erscheinen lassen.



Dresdner Opferfeiern

Die Stadt Dresden gedachte wieder ganztägig der Bombardierung durch alliierte Streitkräfte am 13. Februar 1945. Seit der Veröffentlichung des Buches „Der Brand“ des Berliner Historikers Jörg Friedrich treten die Verfechter der Opferideologie immer aggressiver auf. So kam es nicht nur zu Gewalttätigkeiten zwischen Neo-Faschisten und Antifaschisten, wobei die Neo-Nazis sich als polizeiliche Ordnungskräfte ausgaben. Auch gab es massive Übergriffe von BürgerInnen gegenüber Jugendlichen, die es wagten, vor der Dresdner Frauenkirche Kritik an der Opferideologie durch Werfen von Konfetti auszudrücken. Die Anwesenheit des amerikanischen Botschafters auf der morgendlichen Veranstaltung auf dem Heidefriedhof kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass auf den diesjährigen Gedenkveranstaltungen ein undifferenzierter Anti-Amerikanismus seinen Ausdruck fand. Neben dem amerikanischen Botschafter Daniel R. Coats und dem sächsischen Ministerpräsidenten Milbradt (CDU) waren an die 70 Neo-Nazis auf dem Heidefriedhof, darunter Funktionäre der NPD wie Holger Apfel und der sächsische NPD-Landesvorsitzende Petzold, Vertreter der „Republikaner“, Mitglieder der „Bürgerbewegung Solidarität“ und etliche Vertriebenenfunktionäre. Zum abendlichen Trauermarsch der Neo-Nazis kamen ca.750 Personen, darunter NPD-Chef Udo Voigt und Christian Worch als Organisator der „Freien Kameradschaften“. Zu einer Demonstration für den Frieden hatten sich am frühen Abend etwa 400 Kriegsgegner an der Ruine der Trinitatiskirche versammelt.



Generationen übergreifender Revisionismus. Bild oben: Holger Apfel (li.) und Winfried Petzold (re.)

Frieden durch die Sonne

Franz Alt gibt DNZ-Interview

Über die wahren Motive der amerikanischen Irak-Politik sind sich Interviewpartner und Interviewer einig. Nicht die Bekämpfung der Massenvernichtungswaffen ist George Bushs Motivation, sondern das „Streben nach Öl“. Unter der Überschrift „Bush ist ein Vertreter der US-Ölwirtschaft“ beantwortet Franz Alt in der „Deutschen National Zeitung“ (DNZ) Gerhard Freys Fragen.

Von Janine Clausen & Andreas Speit

Den renommierten Fernsehjournalisten des „Südwestfunks“, der jahrelang das Magazin „Report“ leitete und heute das „3sat“-Magazin „Grenzenlos“ führt, scheint die politische Ausrichtung der DNZ nicht zu interessieren. „Dr. Frey hat mir die Fragen geschickt“, erklärte Alt auf Nachfrage der „taz-hamburg“: „Diese habe ich beantwortet, wie ich das bei jeder Zeitung tue“. Ob die antisemitischen und rassistischen Positionen der DNZ nicht zu einer anderen Reaktion führen sollten, ließ Alt unbeantwortet. Trotz Nachfrage keine Antwort von Alt, dessen Bücher wie „Jesus. Der erste neue Mann“ oder „Der ökologische Jesus“ auch im alternativen Milieu gefallen fanden.

Anlass für das Interview in der DNZ vom 31. Januar 2003 ist Alts neues Buch „Krieg um Öl oder Frieden durch die Sonne“. Mit „großem Interesse“, betont Frey, habe er es gelesen und fragt getreu dessen Botschaft: „Werden die Kriege der Zukunft in erster Linie Kriege um Rohstoffe sein?“. „Eindeutig Ja!“, antwortet Alt und führt aus, dass die „heutigen Kriege und erst recht die zukünftigen [...] Kriege um Öl, Gas und Wasser (sind). Wenn wir nicht [...] auf erneuerbare Energiequellen umsteigen, dann taumeln wir wie blind in das größte Gemetzel der Menschheitsgeschichte“.

Wie Frey sieht auch Alt „die Gefahr eines Kampfes der Kulturen“, betont allerdings, dass ein „verstärkter Dialog zwischen den Kulturen und Religionen überlebenswichtig“ geworden sei. Vor allem die „Vertreter der alten Energiewirtschaft“ und die von ihnen „abhängigen Politiker“ – „Georg W. Bush ist ein Vertreter der US-Ölwirtschaft so wie Edmund Stoiber Atominteressen und Gerhard Schröder Autointeressen vertreten“ – würden den „Frieden durch die Sonne“ verhindern.

Schon in der „Jungen Freiheit“ (JF) vom 18. Oktober 2002 hatte sich Alt, der der JF bereits als Interviewpartner, Autor und Erstunterzeichner des „Appells für die Pressefreiheit“ dienlich war, gegen einen Krieg im Irak ausgesprochen.

Im Kampf für „Frieden und Umwelt“ scheint Alt, der auch mit dem verstorbenen Ökofaschisten Herbert Gruhl befreundet gewesen ist, mittlerweile jeder Bündnispartner recht zu sein. Dass er mit seiner Gesprächsbereitschaft die Grenzen des Tolerierbaren delegitimiert, ließ er unkommentiert.

Zeichen gesetzt

Antirassistischer Bildungsträger vor dem Aus

Seit dem Regierungswechsel im April letzten Jahres weht in Sachsen-Anhalt ein konservativer Wind. Die Koalitionsvereinbarung für die CDU/FDP-Landesregierung wurde deutlich: die Förderung „politisch motivierter Vereine, z.B. MITEINANDER e.V.", sei einzustellen, hieß es dort. Fast ein Jahr nach diesem Diktum steht der Projektträgerverein gegen Rechtsextremismus trotz gegenteiliger Bekundungen des Landes tatsächlich vor dem Aus.

Von Jakob Niebuhr

Im Sommer 2000 wurden allenthalben sichtbare Zeichen gegen rechts gefordert. Die Landespolitik in Sachsen-Anhalt hatte das Thema Rechtsextremismus schon zuvor entdeckt. Grund war der DVU-Wahlerfolg bei der Landtagswahl im Jahr 1998. In der Öffentlichkeit wurden schnelle und wirkungsvolle Maßnahmen gefordert, um rechtsextreme Einstellungen und Organisationen zurückzudrängen. Die damalige SPD-Landesregierung setzte jedoch auf Druck der PDS nicht auf eine Imagekampagne. Stattdessen ließ sie sich von einer Expertenkommission ein langfristiges, regional angelegtes Konzept ausarbeiten. Danach wurden in den ländlich und kleinstädtisch geprägten Regionen Sachsen-Anhalts, in denen eine Hegemoniefähigkeit rechtsextremer Lebenswelten gegeben war, Regionalbüros etabliert. Sie sollten die inhaltliche Arbeit und regionale Vernetzung von Bürgerinitiativen, regionalen Trägern der Jugendarbeit und Institutionen beraten und unterstützen. Als Trägerverein wurde im Mai 1999 unter Vorsitz des Bürgerrechtlers Tschiche „Miteinander e.V." gegründet. Großzügig mit Landesmitteln ausgestattet, begann im Dezember 1999 in vier Regionen Sachsen-Anhalts die Arbeit. In deren Mittelpunkt stand die Aufklärungs- und Bildungsarbeit zum Themenkontext Rechtsextremismus und regionale Demokratieentwicklung. Angeboten wurden Lehrerfortbildungen, Projektberatung für antirassistische Jugendinitiativen und kommunale Beratung für Orte, in denen verstärkte rechtsextreme Aktivitäten zu verzeichnen waren. Ausdrücklich wandte sich der Verein an das Potential der so genannten Zivilgesellschaft. Diese sollte gestärkt und aufgebaut werden. Damit sollte in der Jugendarbeit auch die Abkehr von der verdeckten Alimentierung der rechten Szene dokumentiert werden. An diesem Ansatz gab es nicht wenig Kritik. Während die CDU das Konzept als „volkspädagogisch" ablehnte und auch Linksextremismus thematisiert wissen wollte, kritisierte die wissenschaftliche Begleitforschung nicht zu Unrecht den Versuch, zivilgesellschaftliches Engagement quasi regierungsamtlich zu verordnen. Einstellungsänderungen, etwa bei rechtsorientierten Jugendlichen seien nur sehr langfristig in der Sphäre der Lebenswelt zu erreichen. Schulprojekte allein könnten hier nichts ausrichten.



Miteinander
Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

Dennoch hat der Verein durchaus Erfolge vorzuweisen. In den letzten zwei Jahren wurde die Arbeit von alternativen Jugendgruppen und lokalen Bündnissen durch eine Vielzahl von Projekten unterstützt. In Kreisjugendämtern ist zumindest eine Sensibilität für die Problematik rechtsextremer Einstellungen von Jugendlichen gewachsen. Zudem gab der Verein Materialien für die pädagogische und politische Arbeit gegen Rechtsextremismus heraus. Von der vom Verein nach Sachsen-Anhalt geholten Ausstellung über das Jugendkonzentrationslager Moringen und die Anne Frank Ausstellung gingen Impulse für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus aus.

Nach der Ankündigung der Streichungspläne des Koalitionsvertrages gab es breite öffentliche Proteste von Gewerkschaften, Kirchen und Bürgergruppen. Die Landesregierung rückte von ihrer Planung ab und ließ nachverhandeln. Im aktuellen Haushaltsansatz wurde das Geld um mehr als die Hälfte auf ca. 200.000 Euro gekürzt. Bleibt es bei diesem Betrag, muss das Kernprojekt des Vereins - die drei regionalen Zentren - zum März seine Arbeit einstellen. Von den Kürzungen ist nicht nur „Miteinander" betroffen. Auch anderen Trägern antirassistischer Bildungsarbeit wurden die Mittel gekürzt oder gänzlich gestrichen. Beifall dafür gibt es von rechts. Die „Junge Freiheit" kommentierte genüsslich das drohende Aus für „Miteinander". Und Sachsen-Anhalts Neonazi-Szene spart auf ihren Internetseite nicht mit Verleumdungen gegen Mitarbeiter des Vereins und engagierte Bürger.

„Deutsche Stimme" interviewt Islamisten

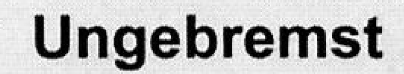
Die „Deutsche Stimme" (DS) Nr. 2/2003 druckte ein 3-seitiges Interview ab, welches DS-Chefredakteur Holger Apfel mit dem „Repräsentativen Mitglied" der islamistischen „Hizb ut-Tahrir", Shaker Assem, geführt hat. Die Organisation war Mitte Januar diesen Jahres vom Bundesinnenministerium auch aufgrund ihrer Kontakte zu Neonazis (vgl. DRR Nr. 80) verboten worden. Unter der Überschrift „Palästina von den Zionisten befreien" bittet Assem den „Nationalgesinnten" Apfel, seine „Berührungsängste" zu überwinden - „gehen Sie auf die Muslime zu." Deutschland sei „kein freies Land", es unterliege dem Diktat der „Siegermächte". Die Deutschen sollten nach Assems Auffassung erkennen, dass „der ‚American way of life' eine Selbstzerstörung" darstelle.

CDU verhindert Neofaschismus-Ausstellung

Mit aller Macht ging die CDU in Pforzheim gegen die Ausstellung „Neofaschismus in der BRD" der VVN/BdA vor. Schliesslich gibt es in der Region vieles, was man lieber nicht ans Licht der Öffentlichkeit lassen möchte.

Von Marcus Piotrek





Ungebremst

Mit einer Veröffentlichung, die die „postkommunistische" Unterwanderung der Gewerkschaften belegen sollte, mischte die „Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft" der CDU (CDA) 1999 beim Landtagswahlkampf in Thüringen mit. Die DGB-Gewerkschaften wurden darin als „Transmissionsriemen der Postkommunisten" und drei Gewerkschafter persönlich diffamiert. Im Rahmen des Thüringer Verfassungsgschutzskandals wurde jetzt bekannt, wer sich hinter dem Pseudonym des Münchner Politikwissenschaftlers Peter Christian Segall verbarg. Ganz ungebremst von wissenschaftlichen Ansprüchen schrieb der Autor der „Konrad-Adenauer-Stiftung", Patrick Moreau, den Gewerkschaftern die „satanische Qualität gefallener Engel" zu. Hinter jeder Ecke, so Moreau, lauere die „Tradition der stalinistischen III. Internationale". Und mit der Forderung nach einem Betätigungsverbot für Neofaschisten wolle die PDS lediglich ihre gesellschaftliche Vorstellung von kultureller Hegemonie in der Gesellschaft umsetzen, meint der „Extremismusexperte" Moreau/Segall.

Lippold gibt JF Interview

Der Vorsitzende der hessischen Landesgruppe im Deutschen Bundestag und CDU-Fraktionsvizevorsitzende Klaus Lippold hat der neofaschistischen „Junge Freiheit" (JF) in der Ausgabe vom 7. Februar ein Interview gegeben. Darin bewertet er den Ausgang der diesjährigen Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen und erwähnt die „großen Erfolge" der CDU in Hessen unter dem Rechtsaußen Alfred Dregger. Die Kampagne der hessischen CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft sei, so Lippold, „der damaligen Situation geschuldet" gewesen. Als weiterer Interviewpartner in derselben JF-Ausgabe dient der Marburger Politikwissenschaftler Thomas Noetzel. Dieser behauptet, es sei „ein Irrtum", Roland Koch „für einen Vertreter des rechten Flügels (der CDU) zu halten". Dessen Politik habe „einen pragmatischen und keinerlei weltanschaulichen Kern". Nach Noetzels Ansicht habe die FDP auch deswegen viele Stimmen bekommen, weil „die Affäre Möllemann" doch „längst keine Rolle mehr" spiele – „da sind die Medien ihrer eigenen Sensationsgier aufgesessen."

Ab Mitte Januar diesen Jahres hätte die bereits in mehreren Dutzend deutschen Städten gezeigte Ausstellung „Neofaschismus in der BRD" auch im baden-württembergischen Pforzheim zu sehen sein sollen. Laut den Veranstaltern sei auf Grund der starken rechten Szene gerade auch dort eine Auseinandersetzung mit dem Thema dringend nötig. Doch wenige Tage vor der offiziellen Eröffnung schrieb die CDU an das „Kulturhaus Osterfeld", in dessen Räumen die Ausstellung stattfinden sollte, die VVN-BdA sei im Verfassungsschutzbericht erwähnt und damit „linksextrem und verfassungsfeindlich". Hauptsächlich empörte man sich jedoch darüber, dass im Bereich „Grauzone" auch CDU-Politiker wie z.B. der ehemalige NS-Marinerichter Hans Filbinger oder das von ihm gegründete „Studienzentrum Weikersheim" genannt sind.

„Als guter Demokrat" und „als Leiter einer geschätzten öffentlichen und aus öffentlichen Mitteln geförderten Einrichtung" müsse der Geschäftsführer „einer Verunglimpfung von Christdemokraten einen Riegel vorschieben". Die CDU forderte, die Ausstellung „nicht statt finden zu lassen". Als das „Kulturhaus Osterfeld" dem nicht nachkam, drohte der CDU-Kreisvorsitzende und Landes-Staatssekretär Stefan Mappus mit der Streichung von Fördergeldern.

Daraufhin wurde die Ausstellung mit dem Hinweis, man sei als staatlich anerkannte und geförderte Institution erpressbar, abgesagt.

Beim Neujahrsempfang der Pforzheimer CDU sprach sich auch die dort anwesende baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan (CDU) gegen die Ausstellung aus. Wohl kaum zufällig untersagte das ihr unterstellte Oberschulamt einem Schuldirektor, der das Vorgehen der CDU kritisierte und die Exponate in seinem Gymnasium aufstellen lassen wollte, die Ausstellung dort zu zeigen.

Nun wird die Ausstellung in der evangelischen Stadtkirche Unterschlupf finden, da Versuche der CDU, auch deren Dekan unter Druck zu setzen sowie den Landesbischof einzuschalten, scheiterten.

Obwohl die Ausstellung dadurch bundesweit so viel Aufmerksamkeit wie nie zuvor bekam und nun doch in Pforzheim zu sehen sein wird, zeigen die Zensurversuche der CDU sowie ihre Art und Weise mit unliebsamer Kritik umzugehen, ein Besorgnis erregendes Demokratieverständnis.

In Anbetracht nicht weniger einschlägiger Vorfälle in der Region, wie einer vom Pforzheimer CDU-Mitglied und Fabrikanten Dr. Manfrid Dreher initiierten Veranstaltung mit prominenten Holocaustleugnern oder dem neuesten Skandal um die so genannten „Karlsruher Freitagsgespräche", bei denen Karlsruher CDU-Funktionäre des Öfteren Rechtsextreme referieren ließen, versucht die CDU damit, eine öffentliche und vor allem inhaltliche Auseinandersetzung zu verhindern.

Kampf gegen das Böse

Das „Netzwerk Sachsen gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit"

Das „Netzwerk Sachsen gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit", von Polizeidirektor i. R. Helmar-Leo Blech initiiert, wurde im Januar 2001 als eingetragener Verein gegründet.

Von Raimund Hethey & Ralf Wagner

Die „Frankfurter Rundschau" stellte fest: „Nun organisiert Blech den Aufstand der Anständigen. Ganz praktisch macht der alte Polizist das. Hält sich nicht viel bei Analysen über mögliche Ursachen von Rechtsradikalismus auf. Davon gibt es ja auch schon genug." Und er ist nicht allein. Präsident ist der Superintendent von Dippoldiswalde, Wolf Dähne, im Vorstand sitzen Blech und der Vorstandsvorsitzende der „Sparkasse Pirna-Freital" und der Landrat des Kreises Sächsische Schweiz, die Öffentlichkeitsarbeit macht ein Redakteur der „Sächsischen Zeitung", Geschäftsführer ist Manfred A. Lindemann, ein 59-jähriger Dozent für Polizeirecht.

Der Verein hat inzwischen über 200 Mitglieder, darunter 60 fördernde, wozu insbesondere Kommunalparlamente, Unternehmen und Schulen zählen. Die Arbeit im Netzwerk allerdings wird von lediglich zehn ehrenamtlich tätigen Personen - zum Teil Sozialarbeitern und Pädagogen - getragen,

Blech war 42 Jahre im Polizeidienst, unter anderem in Pforzheim, Heidelberg und Calw. 1992 stand er sieben Monate dem Leipziger Polizeipräsidenten als Berater zur Seite. Noch im gleichen Jahr wurde er Leiter der Pirnaer Polizeidirektion. Während seiner achtjährigen Amtszeit formierte sich unter seinen Augen Sachsens größte und schlagkräftigste Neonazi-Truppe, die „Skinheads Sächsische Schweiz" (SSS). Im Rückblick äußert sich Blech etwas selbstkritisch dazu: „Das war ja unser Dilemma, dass wir immer zugesehen haben."

Seine Wandlung vom Saulus zum Paulus, vom passiven polizeilichen Betrachter zum aktiven Organisator eines antifaschistischen Netzwerks, habe er in der Silvesternacht 2000 vollzogen. Nach mehreren gewalttätigen Ausschreitungen von Neo-Nazis habe er seine Pläne, Oberbürgermeister von Pirna zu werden, an den Nagel gehängt und sich ganz der Aufgabe der Netzwerk-Gründung gewidmet.



Reinhard Boos (Präsident LfV Sachsen) (li.), daneben Netzwerk-Macher Helmar Leo Blech

Die Medien reagieren äußerst wohlwollend auf seine neuen Aktivitäten wie die Frankfurter Rundschau in einem längeren Beitrag: „Blech ist dabei, ein großes Netz zu knüpfen. Er fährt durchs Land mit seinem Plan von den ‚Säulen der Wachsamkeit'. In jedem Ort will er zwanzig Wachsame haben. Den Bürgermeister, den Schulleiter, Lokaljournalisten, Polizisten, Feuerwehrleute, Vereinsvorsitzende und andere, die aufpassen. Eine Bürgerallianz gegen rechts. Leute, die aufschreiben, wenn etwas passiert. Die sich Autokennzeichen notieren, Anzeige erstatten. Leute, die Informationen über Rechtsextreme zusammentragen, Straftaten auflisten, die nie in den Berichten der Polizei erschienen sind."

Das Netzwerk konzentrierte sich sehr schnell auf die Schulen, einen gesellschaftlichen Ort, an dem andere AntifaschistInnen mit dem Hinweis auf „politische Neutralität" eher abgewiesen werden. „Weil die Jugend-Treffs schwer zugänglich waren, entwickelte das Netzwerk ein Schulprogramm, das in mittlerweile 188 Veranstaltungen Schüler, Lehrer und Eltern gerade der 5., 6. und 7. Klassen informiert hat", berichtete die „Süddeutsche Zeitung".

Der Tätigkeitsbericht des Netzwerks, zuerst im August letzten Jahres veröffentlicht, zeugt von einem vielfältigen Engagement, enthält aber auch zahlreiche Merkwürdigkeiten und lässt dadurch das Ganze als künstlich aufgebläht erscheinen. So werden Veranstaltungen aufgeführt, die aufgrund der Hochwasserkatastrophe in Sachsen im August letzten Jahres abgesagt werden mussten oder die Teilnahme an einem landesweiten Jugendturnier „Judo" in Freital, das durch den „Polizeisportverein Freital" ausgerichtet wurde. Eine Diskussion zwischen Bürgern und Gästen aus Dresden vor der Frauenkirche Dresden (zum Gedenken an den Fliegerangriff auf Dresden) sowie Veranstaltungen im Rahmen einer Ausstellung des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen im Lichthof des Rathauses Dresden zählt Blech ebenfalls zu den Aktivitäten seines Netzwerks.

Im Zentrum der Aufklärungsvorträge stehen drei Thesen,

Verschwörungstheorien beliebt

Das nach Angaben des „Zweitausendeins"-Verlags bereits in der 24. Auflage ausgelieferte Buch „Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9." ist selbst verschwörungstheoretisch. So sei nicht nur Präsident Roosevelt über den japanischen Angriff auf Pearl Harbour informiert gewesen, sondern habe diesen sogar provoziert, um die Unterstützung der US-Bevölkerung für einen Kriegseintritt zu erhalten. Und auch von den Anschlägen am 11.9. habe die US-Regierung vorher gewusst. George W. Bushs Großvater Prescott Bush „finanzierte und unterstützte" außerdem angeblich Adolf Hitler. Der Autor Mathias Bröckers wird vom Verlag als „investigativer Konspirologe" vorgestellt. Bröckers frage, „wer die faktischen Nutznießer der Terroranschläge sind". Er wolle „das Verschwörungsdenken als skeptische Wissenschaft fruchtbar" machen - „ohne angemessene Verschwörungstheorien lässt sich unsere hochgradig komplexe und konspirative Welt gar nicht mehr verstehen." In dem Buch befindet sich auch ein Interview mit dem „Junge Freiheit"-Interviewpartner Andreas von Bülow und ein „Schaltplan der Verschwörungen" von G. Seyfried.

Leiser Rückzug

Still kehrt die DVU ihre jährliche Großkundgebung unter den Tisch. Während sonst in der „Deutschen Nationalzeitung" das „traditionelle nationale" Ereignis in der Nibelungenhalle wochenlang umworben wurde, findet der einst „große Tag" keine Erwähnung mehr. Auch die Homepage hat nicht mehr aufzuweisen als ein Kaufvideo der DVU-Großkundgebung 2001 unter dem Motto „Sieg über Willkür".

Doch schon 2001 war die Zahl der Teilnehmer mit 1200 Deutschgesinnten" unter den Erwartungen geblieben. Letztes Jahr sagte die DVU die Kundgebung gar ganz ab. Die Anmeldung der Nibelungenhalle wurde ohne Gründe storniert. Ein Erfolg den sich die Stadt, die juristisch nie gegen die Anmietung der Halle durch die DVU vorgehen konnte, ihrem Bewirtungsboykott zusprach. 2003 sollte dann laut DVU-Sprecher Bruno Wetzel die Großveranstaltung wieder stattfinden. Aber der Termin für den 14. Juni, den die Deutschnationalen ins Auge fassten, kommt offenbar nicht zustande. Der Mietvertrag, den die Stadt Passau an die DVU-Zentrale in München schickte, kam nicht in der gesetzten Frist zurück. Die Stadt erklärte daraufhin den Vertrag für ungültig. Alle anderen Termine, so die Stadt, seien „praktisch ausgebucht".

Unpolitischer Gastwirt?

„Ich bin Gastwirt, kein Politrichter", schimpft der Mulmshorner Johann Westermann über Anschuldigungen der VVN/BdA und „Radio Bremen", er habe immer wieder rechte Gruppierungen in seinem noblen Gasthof „Zum Heidejäger" beherbergt. Aber Politiker ist Westermann, er kandidierte jüngst bei den Landtagswahlen in Niedersachsen.

FDP-Mann Westermann hatte es in der Vergangenheit nichts ausgemacht, dass seit etwa 1982, seitdem die „Deutsch-Gläubige Gemeinschaft" dort tagte, über den „Weltbund zum Schutze des Lebens" (1986), der rechtsextremen „Deutschen Kulturgemeinschaft" bis zu den „Republikanern" (1990) Rechte bei ihm unterkamen. Nicht mal bei den regelmäßig seit 1997 wiederkehrenden Tagungen des rechtsextremen „Arbeitskreises für deutsche Politik e.V." mit Referenten wie Horst Mahler oder Reinhold Oberlercher hatte er Skrupel.

Die NPD, die er bereits seit 1987 immer wieder aufnahm - so fand 2000 der Landesparteitag der NPD in Mulmshorn statt - verteidigte er gar einmal vor unliebsamen Demonstranten.

Denen stellte sich der „unparteiische" Wirt mit einer Pistole entgegen und bekam prompt eine Ordnungsstrafe. 2001 traf sich der niedersächsische NPD-Landesvorstand zweimal bei Westermann.

Jüngst mit der Vorliebe für rechte Gäste konfrontiert, behauptete Westermann, er habe der NPD gekündigt, weil die sich „nicht benommen" und in Springerstiefeln seinen Saal betreten hätte.

Die FDP in Niedersachsen stellt sich vor ihren Landtagskandidaten. Bürgermeister und Stadtrat von Rotenburg/ Wümme prüfen die Sache noch, denn auch sie tagen immer wieder im „Heidejäger". Für die „Rotenburger Kreiszeitung" ist Westermann ein Unschuldslamm, der alle „Kritik zurückweist". Immerhin ist der Wirt ein angesehener Anzeigenkunde.

die Blech wenig begründet seinem Publikum darbietet. Zu Beginn jeden Vortrags betont er, dass der Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft komme und keine gesellschaftliche Institution davon ausgenommen sei. Konkrete Fallbeispiele für seine Behauptung liefert Blech freilich nicht. Stattdessen legt er Wert auf die Aussage, dass Ostsachsen, der Standort des Netzwerks, keine „braune Region" sei, auch wenn die „Rechtsextremen" dort besonders aktiv seien. Im nächsten Argumentationsschritt erklärt Blech dem Publikum sein Hauptbetätigungsfeld. Das Netzwerk kümmere sich ausschließlich um die 12-15-jährigen Jugendlichen, die von den Nazis gelockt und verführt werden und damit Opfer seien. Nazi-Skinheads, Parteimitglieder und anderweitig organisierte Neo-Nazis interessieren das Netzwerk nicht weiter, dafür sei die Polizei zuständig. „Bei den Hartgesottenen hilft weder Belehrung noch Prävention, sondern nur polizeiliche Härte", heißt es in der „Sächsischen Zeitung".

Für das Netzwerk besteht die „rechte Szene" aus „drei großen Gruppierungen": Den rechtsextremen Parteien und dem neonationalsozialistischen Lager - dort gebe es kaum Straftaten, sondern Hintermänner, die sich ihrer Handlanger bedienen. Drittens den rechtsextremen Skinheads.

Inhaltliche Grundlage für die Vorträge ist die Publikation des Netzwerkes „Rechtsextremismus im Freistaat Sachsen" vom August 2002. Auch hier mehr Schein als Sein. Von den immerhin über 600 Seiten ist gerade einmal die Hälfte beschrieben. Und auf denen wurde über weite Strecken aus dem VS-Berichten Sachsens abgeschrieben, selbst Druckfehler wurden buchstabengetreu übernommen.

Äußerungen von Vereinspräsident Wolf Dähne demonstrieren ebenfalls die ideologische Nähe des Netzwerks zum Verfassungsschutz. Er sieht die Aufgabe des Netzwerks im „Kampf gegen das Böse". Deshalb werde darüber nachgedacht, den Begriff „Rechtsextremismus" im Vereinsnamen umfassender auf „Extremismus" zu verkürzen, auch wenn die Gefahr von links derzeit gering sei. Man sei gegen jede Art von Fanatismus.

Anders als andere antifaschistische Zusammenschlüsse hatte das Netzwerk von Anfang an keine großen Probleme mit der Finanzierung seiner politischen Arbeit. Eine vom Netzwerk unterstützte Theatertour der Kölner Theatergruppe „comic on", die mit ihrem Stück „crash" in fünf sächsischen Kommunen auftrat, bezahlte die „Bundeszentrale für politische Bildung" (25.000 Euro).

Während antifaschistische Arbeit meist von der Basis her aufgebaut wird, sich direkt Betroffene vor Ort zusammenfinden, setzt das Netzwerk auf hierarchische Strukturen. Es beginnt seine Arbeit bei übergeordneten Stellen. In der Arbeit mit Schulen z.B. wird zunächst das Regionalschulamt angesprochen, dann die Schulleitungen, darauf die Lehrer und die Eltern und zum Schluss die Schüler. Die Arbeit von bereits existierenden Initiativen ignoriert das Netzwerk weitgehend, ebenso den schon lange geltenden Grundsatz antifaschistischer Arbeit, Neofaschisten kein öffentliches Forum zu geben. Das Netzwerk führt so genannte „Streitgespräche" mit Nazi-Funktionären. Die „Sächsische Zeitung" lud den NPD-Funktionär Uwe Leichsenring und den Geschäftsführer des Netzwerks, Manfred Lindemann (SPD), in die Redaktion. Lindemann hatte die Absicht, dem Neo-Nazi Leichsenring die „politische Maske vom Gesicht zu ziehen". Das ist ihm gänzlich misslungen; denn der NPDler konterte und konnte sich in der überregionalen Presse als demokratisch gesinnter Biedermann verkaufen.

Inzwischen hat sich das Engagement des Vereins „Netzwerk Sachsen gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit" gelohnt. Am 30. November letzten Jahres erhielt der Chef des Netzwerks den mit 7.500 Euro dotierten „Julius-Rumpf-Preis 2002" der „Martin-Niemöller-Stiftung" im Dresdner Rathaussaal überreicht.

Die Arbeit des Netzwerks reicht beileibe nicht aus, um Aktivitäten von Neo-Nazis zu verhindern. All zu sehr kümmern sich die Polizisten im Ruhestand, Blech und Lindemann, um die Verbreitung der „Extremismus-Ideologie" des Verfassungsschutzes. Positiv daran bleibt, dass niemand zukünftig behaupten kann, es gäbe in Sachsen keine gefährlichen Neo-Nazis. In der Praxis allerdings konnte das Netzwerk die weitere Ausbreitung der Neo-Nazis weder in der Sächsischen Schweiz noch im restlichen Sachsen verhindern.

Pro gloria et patria

„Preußische Gesellschaft“ gibt „Staatsbriefe“ heraus

Seit über sechs Jahren streitet die „Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg“ für die „geistige Erneuerung Deutschlands“ und führt auf ihren Veranstaltungen eine selbst erklärte geistige, politische und wirtschaftliche Elite des Landes zusammen.

Von Ulli Jentsch



Die Gesellschaft bietet mit ihrem Eintreten für „preußische Tugenden“ ein ideologisches Scharnier zwischen bürgerlich-konservativen, rechts-konservativen und rechtsextremen Kreisen. Zum diesjährigen Neujahrsempfang führte der Präsident der Gesellschaft, Volker Tschapke, vor über eintausend Gästen unter anderem aus: „Wir wissen, dass die Geschichte noch immer für Überraschungen gesorgt hat; wir glauben, dass entgegen allen Unkenrufen die Geschichte der Deutschen noch lange nicht beendet ist. Und wir wollen nicht resignieren, sondern wir wollen Deutschland, unserem Vaterland, dienen mit Herz und Hand. In einer 200jährigen Tradition, nämlich der Tradition der preußischen Reformkräfte am Beginn des 19. Jahrhunderts, wollen wir für seine Erneuerung wirken.“ Neues Projekt der Gesellschaft ist die Förderung der im Jahre 2001 eingestellten „Staatsbriefe“ und ihres Herausgebers, Hans-Dietrich Sander. So erreichte den Leserkreis der „Staatsbriefe“ zur Jahreswende ein Brief von Sander, in dem der Publizist hoffnungsvoll verkünden konnte, dass „eine Neugründung geplant“ ist. „Die ‚Neuen Staatsbriefe‘ sollen im Rahmen der ‘Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.′ erscheinen“. Zu diesem Zweck wurden die Abonnenten aufgefordert, sowohl in die „Preußische Gesellschaft“ einzutreten, als auch ihre Abogebühr für 2002 zu bezahlen, um eine Anschubfinanzierung zu gewährleisten. Abschließend versichert Sander, „dass ich persönlich wie die meisten meiner geschätzten Mitarbeiter“ den „Neuen Staatsbriefen“ erhalten bleibe. Ob dazu auch der NPD-Ideologie Jürgen Schwab gehören wird oder Peter Töpfer, Betreiber der Homepage „Nationale Anarchie“, lässt er offen. Beide hatten in der Vergangenheit in Sanders Publikation geschrieben.

Mit Hans-Joachim Winter fand unterdessen ein anderer Autor der „Staatsbriefe“ zur Zeitung der „Preußischen Gesellschaft“. Diese nennt sich hochtrabend „Preussische Nachrichten von Staats- und Gelehrten Sachen“ und erscheint zweimonatlich in einer Auflage von 10.000 Exemplaren. Winter forderte hier die „Wiedergeburt Deutschlands“, deren Notwendigkeit von der „politischen Klasse vehement bestritten“ werde. Aktuell wird ein mehrteiliger Vortrag Sanders abgedruckt, den dieser vergangenes Jahr im Berliner „Hilton“ für die „Preussische Gesellschaft“ hielt.

Auf den Veranstaltungen sowie in der Zeitung kommen Vertreter unterschiedlicher politischer Ausprägung zu Wort. Sie reichen von rechtskonservativen Monarchisten und Streitern für einen „Freistaat Preußen“ bis zu den Befürwortern eines autoritären Neoliberalismus; von Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck bis zum CSU-Generalsekretär Thomas Goppel. Der gab am Rande einer Veranstaltung im Februar 2000 zwei Mitarbeiterinnen des neonazistischen „Zentralorgan“ ein Interview.

Ulli Jentsch ist Mitarbeiter von apabiz e.V.

Pro „Deutschland-Magazin“

Der rechtsextreme Verein „Die Deutschen Konservativen“ unter Führung des ex-„Springer“-Journalisten Joachim Siegerist hat eine Kampagne namens „Deutschland-Magazin und Deutschland-Stiftung müssen am Leben bleiben – Dafür kämpfen wir gemeinsam“ ins Leben gerufen. Führende Köpfe der Initiative sind Heinrich Lummer (Ex-CDU-MdB), Günther Ossmann (letztes noch lebendes Gründungsmitglied der „Deutschland-Stiftung“ (DS)), Elisabeth Hager (DS-Geschäftsführerin), Konsul Peter Merck (Vorstandsmitglied der DS) und Casimir Prinz Wittgenstein. Verantwortlich für die angespannte finanzielle Situation von DS und „Deutschland-Magazin“ (DM) ist der im Mai 2001 verstorbene Kurt Ziesel, der sich reichhaltig aus dem Finanzfonds der Stiftung bedient hatte. Das DM erschien bislang regelmäßig monatlich von Mai 1969 bis August letzten Jahres. Eine Notausgabe erschien zu Weihnachten 2002. Anzeigen in der aktuellen Ausgabe schalteten u.a. „Der Grüne Punkt“, die Zeitschrift „Criticón“ und die Spirituosenfirma „Underberg“.

Äußerster rechter Rand des Protestantismus

Massiv kritisiert wird die Baden-Württembergische Kultusministerin und stellvertretende CDU-Vorsitzende Annette Schavan. Als verantwortliche Ministerin für die Beobachtung von Sekten und Psychogruppen hatte sie der Zeitschrift des „Arbeitskreises Christlicher Publizisten“ (ACP) ein Interview gegeben. Der ACP, der nach Auskunft des Sektenbeauftragten der evangelischen Kirche in Baden-Württemberg „am äußersten rechten Rand des Protestantismus“ operiere, unterhielt bis zu dessen Auflösung Verbindungen zum „Verein zur Förderung der psychologischen Menschenführung“ (VPM) und der antisemitischen Sekte „Universelles Leben“. Der ACP unter der Leitung des ehemaligen Berufsschullehrers Heinz Matthias veröffentlichte in seinem Blatt in der Vergangenheit unter anderem Texte des REP-Vorsitzenden Rolf Schlierer. Das Blatt, das gegen Homosexualität, den „Verfall der Werte“ und die „Verderbtheit der Medien“ wettert, stellt die Sektenpfarrer der evangelischen Kirche regelmäßig als Verleumder und Schande für die Kirche dar und droht subtil, indem Fotos von deren Privathäusern veröffentlicht werden. Obwohl die Landesregierung zum „VPM, dem das ACP-Blatt als Sprachrohr diente“, noch vor wenigen Jahren auf Distanz gegangen war, kann man sich im Kultusmisterium nicht dazu durchringen, dem ACP die weitere Berufung auf Schavan zu untersagen. „Ein Interview zu geben“, heißt es dort verschämt, bedeute „ja nicht, dass man sich inhaltlich mit dem Organ identifiziere", schreiben die Stuttgarter Nachrichten.

Abschreckungsstrategien gegenüber Flüchtlingen

Die Kölner Flüchtlingspolitik hat einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Nach einem monatelangen Aufenthalt von Roma-Flüchtlingen in einem Containerlager werden sie nun zusammen mit anderen MigrantInnen auf einem Schiff untergebracht. Die Maxime ist Abschreckung statt Integration.

Von Alexandra Kornblum

Wie ein Gefängnis wirkt das Schiff, auf dem bis zu 300 Menschen leben sollen: Umgeben von meterhohen Zäunen an der Landseite, ist das dreistöckige Containerschiff zum Wasser hin gänzlich ungesichert und bietet kaum Platz, sich auf Deck frei zu bewegen. In der unmittelbaren Umgebung liegen Boote der Wasserschutzpolizei.



Seit dem 18. Dezember letzten Jahres quartiert die Stadt Köln „unerlaubt eingereiste“ Flüchtlinge für maximal sieben Monate auf dem Schiff in Köln-Deutz ein. Das betrifft vor allem jene Roma-Flüchtlinge, die bis Ende November des Jahres in einem Containerlager auf einem als kontaminiert geltenden ehemaligen Gelände der „Chemischen Fabrik Kalk“ (CFK) gelebt hatten. Die untragbaren Zustände, von denen selbst der CDU-Fraktionschef Rolf Bietmann zugab, dass sie „die Menschen auf Dauer krank“ machen, haben sich mit dem Wechsel auf das Schiff keineswegs verbessert. Weiterhin müssen die Flüchtlinge auf engstem Raum zusammenleben, werden durch Essensfirmen verpflegt und sind ständig von Abschiebung bedroht.

Der konstanten Verschlechterung der Lage der Flüchtlinge liegt ein bestimmtes Konzept der Stadt Köln zugrunde: Ein im Sommer 2001 beschlossenes „Beratungs- und Hilfsangebot für unerlaubt eingereiste Personen“ markierte eine Wende in der Kölner Flüchtlingspolitik, die auch zuvor keineswegs vorbildlich gewesen war. Im Herbst 2001 beschlossen CDU und FDP die Umstellung der Sozialhilfe von Geld auf Sachleistungen und die Aufgabe der bisher dezentralen Unterbringung für geduldete oder „unerlaubt eingereiste“ Flüchtlinge. Parallel zu diesem Entschluss entschied sich die Stadt Köln für die Einrichtung des Sammellagers für die Roma. Dieser Wechsel zu einer restriktiveren Flüchtlingspolitik setzt ganz auf Abschreckung: Neu anreisende Flüchtlinge sollen gar nicht erst nach Köln kommen und bereits hier lebende so lange schikaniert werden, bis sie ihre eigene Abschiebung befürworten.

Das lässt sich die Stadt Köln einiges kosten. Vier- bis fünftausend Euro monatlich gab sie für eine vierköpfige Familie auf dem CFK-Gelände aus, die Kosten für das Containerschiff belaufen sich nach Angaben des Kölner „Flüchtlingsrats“ auf rund 2,2 Millionen Euro im Jahr. Flüchtlingsgruppen kritisieren, dass für diese Kosten den teilweise schon seit Jahren in Deutschland lebenden Menschen eine angemessene Unterbringung mit eigener Verpflegung gewährt werden könnte. Auch der Verweis des Wohnungsamts auf fehlende Unterbringungsmöglichkeiten steht gegen die Tatsache, dass Flüchtlingsinitiativen schon wiederholt den Leerstand in Köln kritisiert hatten.

Die gesellschaftliche Stimmung im sonst auf seinen Ruf als tolerante und weltoffene Stadt bedachten Köln ist bei diesem Thema prekär. Ein ursprünglicher Vorschlag des CDU-Oberbürgermeisters Fritz Schramma im Sommer 2001, ein Großlager in Köln-Porz einzurichten, musste nach Protesten von örtlichen Parteienvertretern von CDU, FDP und SPD und AnwohnerInnen zurückgezogen werden. Dabei ging es jedoch nicht um die inadäquate Unterbringung von Flüchtlingen: Eine so genannte Initiative „BürgerKaFor gegen Forensik“ argumentierte, die geplante Einrichtung einer forensischen Klinik in Porz würde den Stadtteil bereits übermäßig belasten. Eine Forderung, mit der auch die rechtsextreme „Bürgerbewegung Pro Köln“ um Manfred Rouhs liebäugelte.

Unterdessen bedienen sich Kölner Lokalzeitungen des Klischees vom „kriminellen Ausländer“. Zeitlich passend zu den Beschlüssen des Stadtrates berichtete der Kölner „Express“ im Sommer 2001 über Taschendiebstähle und Wohnungseinbrüche „bestimmter Volksgruppen“. Ein Jahr später titelte dasselbe Blatt „Die Klau-Kids von Köln“ und druckte über 50 gut erkennbare Polizeifotos von Jugendlichen mit offensichtlichem Migrationshintergrund ab. Auf den Vorwurf des Rassismus und des Aufrufs zur Selbstjustiz antwortete „Express“-Chefredakteur Hans-Peter Buschheuer: „Die Leserschaft hat ein Recht, zu erfahren, wer die öffentliche Sicherheit seit Jahren gefährdet.“ Der Verleger Alfred Neven DuMont entschuldigte sich jedoch einige Tage darauf öffentlich für den Eindruck einer pauschalen Anklage von allen Roma-Kindern.“ Indem er „dem Volk der Roma, das wundervolle Menschen hervorgebracht hat, [...] sein Bedauern zum Ausdruck“ brachte, kam er Maßnahmen des „Deutschen Presserats“ zuvor.

Nicht nur in Köln lassen sich massive Verschärfungen insbesondere im Zusammenhang mit Roma-Flüchtlingen registrieren. Wirft man einen Blick auf die Nachbarstadt Düsseldorf, so ist eine ähnliche Situation erkennbar: Auch dort sind Roma aktuell Diskriminierungen und drohenden Abschiebungen ausgesetzt. Besonders Düsseldorfs Oberbürgermeister Joachim Erwin (CDU) tat sich mit rassistischen und antiziganistischen Äußerungen hervor. Während die Vorgänge in Düsseldorf jedoch beinahe eskalieren, versucht die Stadt Köln, genau diese Situation zu vermeiden. Trotz der öffentlich bekundeten Wende zur offensiven Abschreckungspolitik gilt es immer noch, die Reputation als „liberale und multikulturelle“ Medienstadt zu wahren und gleichzeitig „illegale“ Flüchtlinge auszugrenzen - aber still und leise, ganz auf kölsche Art.



Schillernder Parteitag

„Wie die Partei sich derzeit präsentiert, ist sie keine Alternative zu den anderen Parteien". Auf dem Bundesparteitag der „Partei Rechtsstaatliche Offensive" (Schill-Partei) ermahnte der Parteigründer mal wieder die Parteimitglieder.

Von Andreas Speit

„Die Partei muss zum Geist der Gründertage zurückkehren" und die „parteiinternen Querulanten" ausschließen. Doch die warnende Botschaft erhören diesmal nicht alle der 300 Delegierten. Stattdessen heizten die Worte des Hamburger Innensenators die Stimmung im Bremer Hotel „Strandlust" an. Schills Behauptung, „Deutschland braucht eine neue politische Kraft nötiger als jemals zuvor", fand noch die ungeteilte Zustimmung. Nur seine Aussagen, dass der ehemaligen Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein durch seinen Rücktritt „das Messer in den Rücken" der Wahlkämpfer von Niedersachen und Hessen gestoßen hätte und dass vor allem die „Glücksritter und von Ehrgeiz zerfressenen Persönlichkeiten" den Parteiaufbau behindern würden, fand nicht überall Zuspruch. Schien es doch einigen Delegierten aus den mittlerweile zwölf bestehenden Landesverbänden, als ob Schill und seine engsten Vertrauten jede Kritik am Hamburger Vorstand als „Querulantentum" abwehren würden. Insbesondere die Vertreter des nordrhein-westfälischen Landesverbands, der mit 1.177 Mitgliedern größer ist als der Hamburger Verband, hinterfragten auf dem Parteitag sowohl Personal- als auch Parteipolitik des Vorstands. Bei der Wahl des Bundesvorsitzenden folgten die Delegierten jedoch allein Schills Empfehlung, Mario Mettbach zu wählen: „Wir brauchen endliche eine harte Hand, die die Partei führt", verkündete Schill, und sein engster Vertrauter sei der Richtige. Mit 209 Stimmen bestimmten die Mitglieder dann auch den 50-jährigen Hamburger Bausenator zum Bundesvorsitzenden. Der Dortmunder Kreisvorsitzende Detlev Münch, der sich als aussichtsreicher Gegenkandidat darstellen konnte, erhielt nur 32 Stimmen.

Wegen seines autoritären Führungsstils ist Mettbach, dessen politische Karriere bei der CDU und der „Statt-Partei" begann, nicht nur in Hamburg umstritten. Aber schon auf dem Hanseatischen Landesparteitag im Dezember 2001 gefiel den Mitgliedern Mettbachs Ambition, weil es Schill passte. Auf dem Landestreffen hatte Schill erläutert, auf eine Kandidatur verzichten zu wollen, um sich „auf die zeitaufwendige Arbeit in Hamburg konzentrieren" zu können. Denn: „Wenn wir in Hamburg weiter gute Politik für den Bürger machen, dann wirken die Erfolge sich auch bundesweit aus". Nach seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden bemühte sich Mettbach auch gleich Harmonie zu verbreiten. Ganz Bundesvorsitzender, forderte er die Mitglieder auf, „konstruktiv mitzuarbeiten", und versprach, noch in diesem Jahr einen „Parteitag zu organisieren", auf dem alle Satzungsfragen und Programmveränderungen ruhig und sachlich behandelt werden sollen.

(Bei Redaktionsschluss war der Parteitag noch nicht beendet)

Schill-Funktionär kooperiert mit Neonazis

Von Marcus Piotrek

EU GEWÄHLT wurde der Vorstand der Regionalgruppe 75 des Verein... Mitte Regionalleiter Bernd Baumeister.

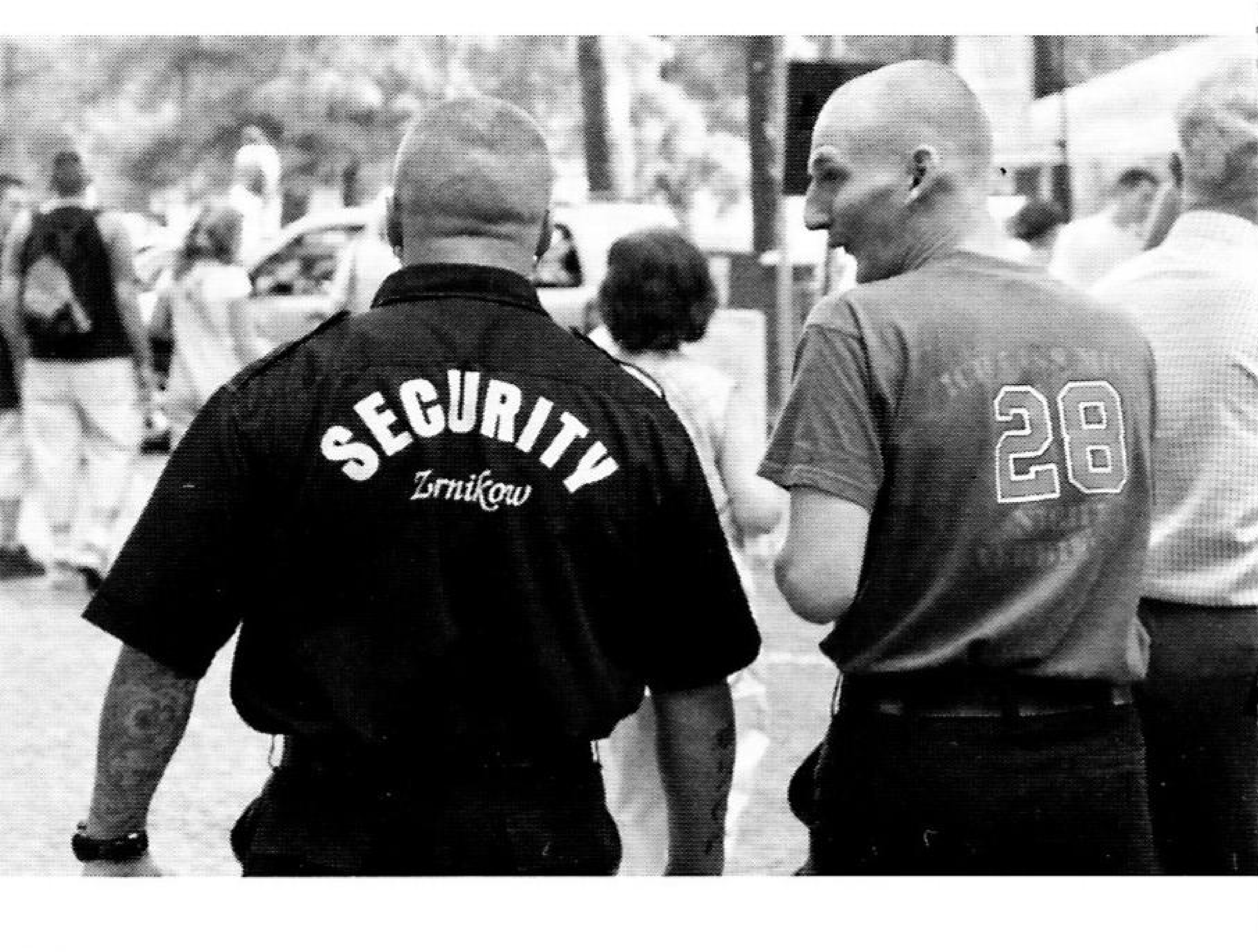
Verein Deutsche Sprache wählte neuen Vorstand

Hans-Manfred Niedetzky, der an der Pforzheimer FH Betriebswirtschaft lehrt, ist nicht nur durch Leserbriefe u.a. in der neofaschistischen Wochenzeitung „Junge Freiheit" aufgefallen. Er engagiert sich seit Jahren im „Verein Deutsche Sprache" und war bis November letzten Jahres mehrere Jahre der erste Vorsitzende von dessen „Regionalgruppe 75". Seitdem ist er der zweite Vorsitzende des etwa 100 Mitglieder starken Regionalverbandes, der mit den Zahlen 75 beginnende Postleitzahlen und damit die Region um Pforzheim und den Enzkreis einschließt. Oberstes Ziel ist nach eigenen Angaben die „Pflege der deutschen Sprache und ihre Reinhaltung von unnötigen Anglizismen".

Neben Niedetzky sind dort auch die Neonazis Marc Dölle aus Pforzheim und Jürgen Merkle aus Niefern-Öschelbronn im Vorstand aktiv (siehe Ausriss aus dem „Pforzheimer Kurier" vom 13.12.2002). Diese sind als Schatzmeister und Beisitzer auch Vorstandsmitglieder des Neonazivereins „Freundeskreis: Ein Herz für Deutschland Pforzheim e.V." (vgl. DRR Nr. 79), der in der Vergangenheit unter anderem Veranstaltungen mit Horst Mahler, Franz Schönhuber, Frank Rennicke, Pierre Krebs, Wolfgang Juchem, Günter Stübiger und weiteren bekannten Neofaschisten organisierte.

Seit September letzten Jahres ist Niedetzky Schatzmeister im baden-württembergischen Landesvorstand der „Partei Rechtstaatliche Offensive" („Schill-Partei") und wurde vom Ortsverband Pforzheim-Enzkreis zum Delegierten für den am 23. Februar in Bremen stattgefundenen Bundesparteitag gewählt.

Sicherheit durch Neonazis?



Die Zahl privater Sicherheitsfirmen hat sich seit 1989 mehr als verdoppelt. Waren es damals noch etwa 700 Securities, so sind es heute fast 1.500 Dienste, mit rund 250.000 Beschäftigten. Medienberichten zufolge gab es immer wieder rassistische oder gewalttätige, politisch motivierte Übergriffe durch unqualifiziertes Wachpersonal. Doch nur in Einzelfällen wurde den Vorwürfen nachgegangen.

Von Helmut Lorscheid & Andrea Röpke

Recherchen zeigen jedoch, dass Securityleute nicht nur immer häufiger aussehen wie Neonazis, sondern auch der extrem rechten Szene angehören. Vorstrafen sind häufig kein Problem, Überprüfungen finden kaum statt. Obwohl der private Sicherheitsbereich mit immer mehr Machtkompetenzen ausgestattet wird, fühlen sich Polizei, Verwaltung und Verfassungsschutz nicht zuständig. Eine gefährliche Entwicklung, wie einige Beispiele zeigen.

Die Wachfirma Zarnikow aus Rathenow in Brandenburg - das Unternehmen beschäftigt seit längerem immer wieder Gerichts bekannte Rechtsextreme, aus dem vom brandenburgischen Verfassungsschutz beobachteten Umfeld der „Kameradschaft Hauptvolk". Nachweislich arbeiteten Neonazis wie Maurice Kindt, Daniel Kuhn, Jens Riedel und Christian Wendt zivil oder in schwarzer Firmenuniform für René Zarnikow. Sie sind im Einsatz, wenn in der Umgebung Volksfeste gefeiert werden, wie im August letzten Jahres beim „Dachsbergfest" im benachbarten Premnitz, oder sie sichern ab, wenn politische Prominenz wie Stoiber und Schönbohm den Wahlkreis besucht. Neonazi Christian Wendt wurde erst kurz vor seinem Wachdiensteinsatz aus dem Gefängnis entlassen, er war zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden, weil er gemeinsam mit anderen Neonazis einen Bosnier beim „Reiterball" in Rhinow halb totgeschlagen hatte. Neonazi Daniel Kuhn ist wegen Waffenmissbrauchs und Körperverletzungsdelikten vorbestraft. Besonders makaber klingt ein weiterer Auftrag der Firma, denn Zarnikows Leute sorgen auch für die „Sicherheit" des örtlichen Asylbewerberheimes. Die „Arbeiterwohlfahrt" als Betreiberin des Heims, Stadt- und Landkreisverwaltung sahen darin bisher kein Problem. Dabei ist einer, der dort eingesetzten „Wach"-Männer Jörgen Ceppok, langjähriger Angehöriger der örtlichen rechten Szene, seit einiger Zeit angeblich nicht mehr aktiv. Viele der Flüchtlinge fühlen sich von der Security eher überwacht als bewacht. Denn wie es scheint, pflegt der angebliche „Aussteiger" Ceppok weiter den Kontakt zu seinen alten Kameraden. Einer der Bewohner des Heims erinnert sich an einen nächtlichen Vorfall, als er auf dem Flur des Flüchtlingsheims stand und um Ruhe bat. Die glatzköpfigen Freunde des Wachmanns griffen ihn an, wurden dann jedoch noch von ihm aufgehalten. Es blieb bei Beleidigungen. Bisher. Immer wieder berichten Flüchtlinge von Pöbeleien und Angriffen, insbesondere, wenn sie abends in Rathenow unterwegs sind. Viele der Flüchtlinge haben bereits um eine Verlegung aus Rathenow gebeten. Bisher jedoch erfolglos. Der brandenburgische Ort ist der Polizei seit langem als ein rechtsextremer Brennpunkt bekannt. Obwohl sowohl Innenministerium als auch Sozialministerium sich jüngst durch Medienberichte genötigt sahen, eine erneute Überprüfung der Firma Zarnikow anzuordnen, stehen die zumeist tätowierten, kurz geschorenen Muskelmänner von Zarnikow noch Wache im Flüchtlingsheim. Jetzt zeigt der Protest endlich Wirkung: ab 1.3. soll die Firma Zarnikow als Bewacherin des Flüchtlingsheimes abgelöst werden. Fragt sich nur, ob diesmal das Securitypersonal sorgfältiger ausgewählt wird.

Einer der Pioniere in der Sicherheitsbranche ist sicherlich Hans Hinrich Karck aus Kiel. Seine „Safe-Unternehmensgruppe" hat inzwischen Niederlassungen vor allem in den neuen Bundesländern. Im brandenburgischen Rathenow arbeiten die Firmen „Safe" und „Zarnikow" auch schon mal zusammen, wie von Angestellten eingeräumt wird. Nebenbei pflegte Firmengründer Karck seine politischen Aktivitäten, so gehörte er Mitte der 1990er Jahre zu den Organisatoren der Treffen der „Ordengemeinschaft der Ritterkreuzträger" im bayerischen Hammelburg. Im April 2002 organisierte Karck ein klandestines Treffen von Anhängern und Fans der „Leibstandarte Adolf Hitler" in Kassel, angemeldet hatte sich die Gruppe als „Kameradschaft Strathmann".

In Sachsen-Anhalt warnt sogar der Verfassungsschutz vor den Kommerzialisierungsversuchen des militanten „Selbstschutz Sachsen-Anhalt" (SS/SA) des Neonaziführers Mirko Appelt aus Salzwedel. Im jüngsten Verfassungsschutzbericht des Landes wird darauf verwiesen, dass die Gruppierung sich via Internet um Security-Aufträge bemühe. Sie bezeichnet sich als einen „nicht gewerblichen Zusammenschluss aus geschulten Personen, die in ihrer Freizeit Ordnertätigkeiten ausüben." Angeboten werden „Ordnerdienste auf Saalveranstaltungen und Demonstrationen, sowie jede andere Tätigkeit aus dem Ordnerdienst". Appelt prahlt gern mit zahlreichen privaten Aufträgen, sein Terminkalender sei voll. Er berichtet, dass seine Truppe bereits bei Tanzveranstaltungen und auf Volksfesten im Einsatz war. Angeblich waren Appelts Mannen auch für Großveranstaltungen wie Reiterfeste, den traditionellen „Kränzchenreiten" mit bis zu 1.000 Besuchern, als Securities engagiert. Appelts Kameraden stehen als Türsteher vor Diskotheken, so unter anderem auch in Salzwedel und in Burg. Wer reinkommt und wer nicht, entscheiden die Neonazis.

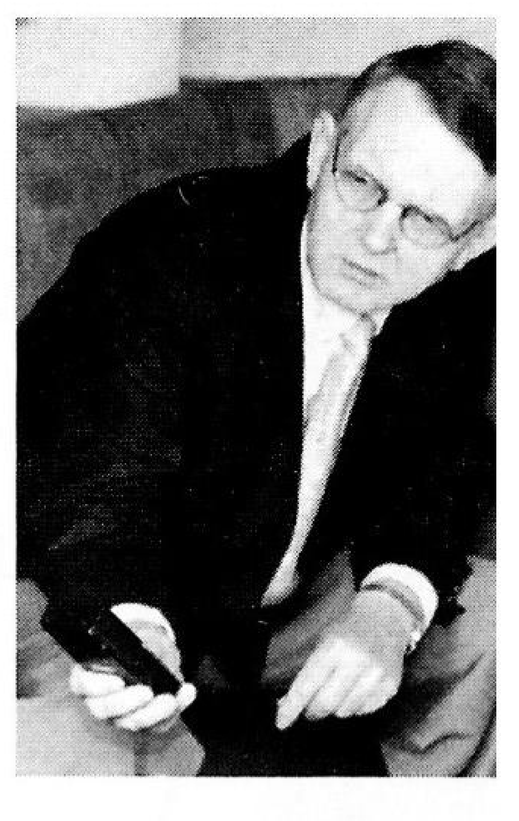
Dieses Treiben zeigt bereits Wirkung. Beim Verein „Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V." haben sich immer wieder Jugendliche gemeldet, die erklärten, dass sie „von Personen aus dem Umfeld des SS/SA bedroht wurden" und dass ihnen der „Einlass zu eigentlich öffentlichen Veranstaltungen von rechten Wachleuten verwehrt wurde." Inzwischen arbeitet Neonazi Appelt an der Ausdehnung seines gefährlichen Einflussgebietes, so sollen „Selbstschutz"-Truppen auch in Sachsen entstehen.

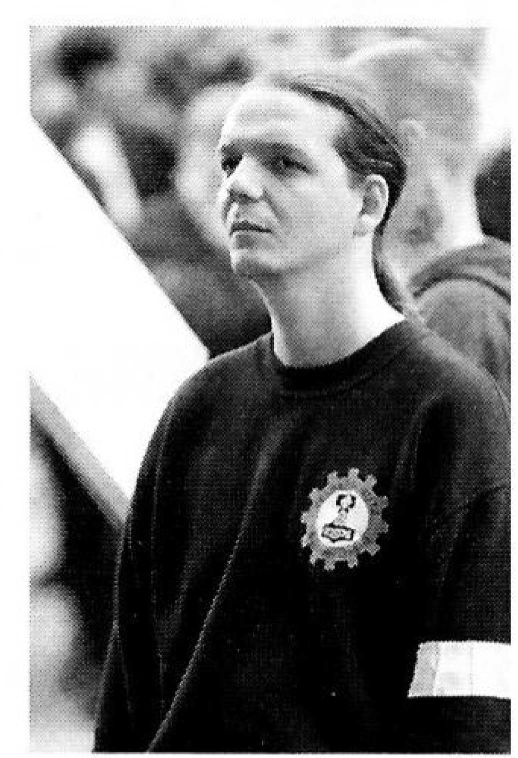
Auch in den alten Bundesländern sind Neonazi-Aktivitäten bisher kein Hindernis für eine Tätigkeit im Security-Bereich. So sorgt die Firma „WR-

Security“ in Kaiserslautern nicht nur für die Sicherheit des Bundesliga-Fußballclubs 1. FCK, sondern bewachte nach eigener Darstellung in Mainz auch schon die Rheinland-pfälzische Staatskanzlei - ebenso wie das ZDF und den SWR. Im Kampfsport trainiert wurden die so prominent eingesetzten Securityleute von einem der bekanntesten Neonazis des Landes, Axel Flickinger, bis vor einigen Monaten noch Landesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“.

Hinweisen aus der rechten Szene zufolge stammt neben Flickinger ein weiterer „WR“-Trainer aus dem gewaltbereiten Hooligan-Milieu und ein anderer war Anhänger des militanten „Stahlhelm-Kampfbund für Europa“. Es soll immer wieder zu brutalen Ausfällen der „WR-Security“ gekommen sein, zum Beispiel als Flugblattverteiler anlässlich einer Veranstaltung zur deutsch-amerikanischen Städtepartnerschaft am 15. Oktober 2000 gegen die Todesstrafe in den USA protestieren wollten. Der Besitzer von „WR“, Werner Rohde, wusste seit langem von Flickingers politischem Engagement bei der Jugendorganisation der NPD, hatte jedoch nichts dagegen einzuwenden.

Nur selten treten politische Hintergründe gewaltsamer Übergriffe von Sicherheitsbediensteten so offen zu Tage, wie im Jahr 1999, als in Hamburg zwei Angehörige des privaten S-Bahn-Wachschutzes den Sprayer Walter F. fassten und krankenhausreif schlugen. Der Sprayer soll sich zuvor um die 120.000 Mal mit seinem „OZ“ in der Stadt verewigt haben. OZ wurde damals ins Aufsichtsbüro des S-Bahnhofs Holstenstraße gezerrt und geschlagen und dabei - so die Erinnerung des Walter F. - aufgefordert, „Sieg Heil“ zu schreiben. Die „Hamburger Morgenpost“ griff den Fall auf und schilderte in diesem Zusammenhang auch die Erlebnisse anderer S-Bahnfahrgäste mit der Security. Berichtet wurde u. a. über „Hitlergruß zum Dienstbeginn“, Arrest fürs Schwarzfahren im Hundezwinger inklusive Hund und immer wieder Schläge. Schon bald ebbte das Interesse an rechten Umtrieben im Hamburger Nahverkehr wieder ab. Das Sicherheitsgewerbe hat sich zur attraktiven Einkommensquelle vieler Kampfsport gestählter Neonazis entwickelt. Für „Recht und Ordnung“ zu sorgen, einseitige politische Macht auszuüben und die Möglichkeit, die rechte Szene damit finanziell auch noch zu unterstützen - eine gefährliche Kombination, die auch in vielen anderen deutschen Städten bereits Anwendung findet. Der Bundesverband des Wachgewerbes „BDWS“ sieht bisher keinen besonderen Handlungsbedarf. Neonazis in Securityfirmen werden dort bisher nicht als Problem erkannt. Dem gegenüber hat das „Bundesamt für Verfassungsschutz“ Mitte letzten Jahres unter den Landesämtern eine Anfrage zum Thema „Rechtsradikale in Wachdiensten“ gestartet. Das Ergebnis steht noch aus.





V.o.n.u.: Wolfgang Kertz, Mirko Appelt

Zwischen Volkstumskampf und „Anti-Antifa“



Die Naziszene in Berlin-Brandenburg

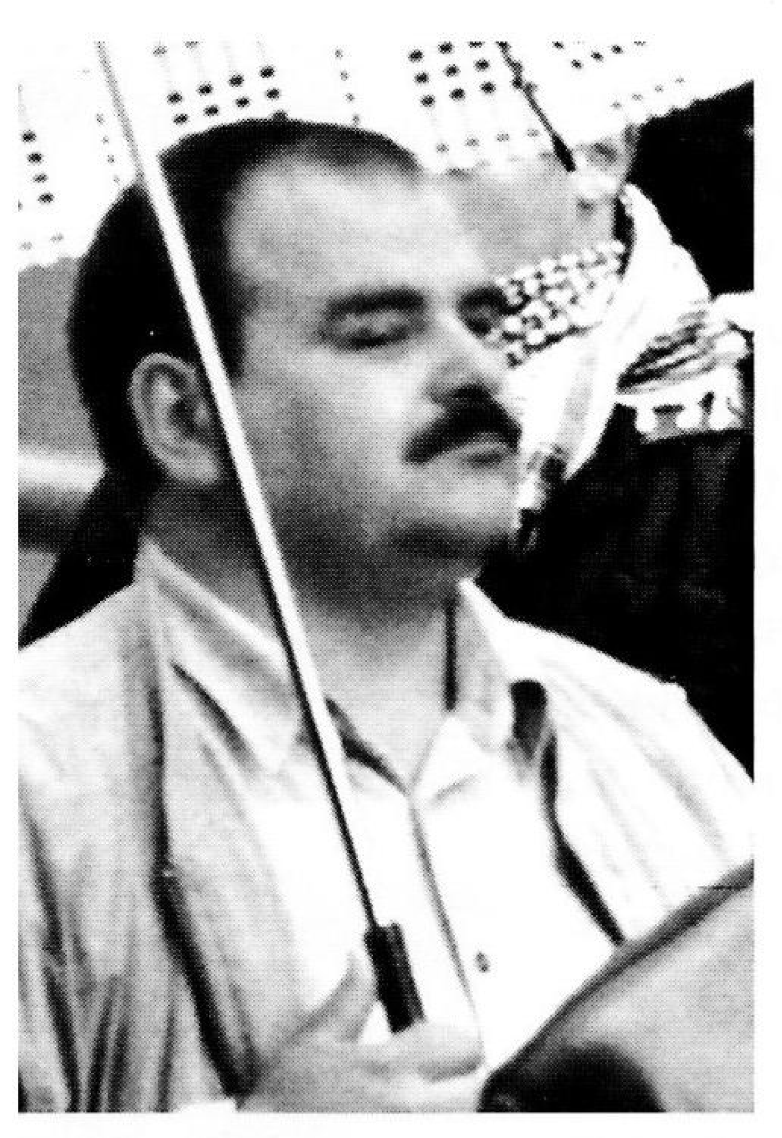
NPD und „Freie Kameradschaften“ sind in Berlin und Brandenburg Vorreiter eines allgemeinen, bundesweiten Trends: V-Männer, erhöhter Repressionsdruck und interne Differenzen lähmen die Mobilisierungsfähigkeit ihrer Strukturen. Und besonders erfreulich: erfolgreiche antifaschistische Initiativen zeigen zunehmend Wirkung.

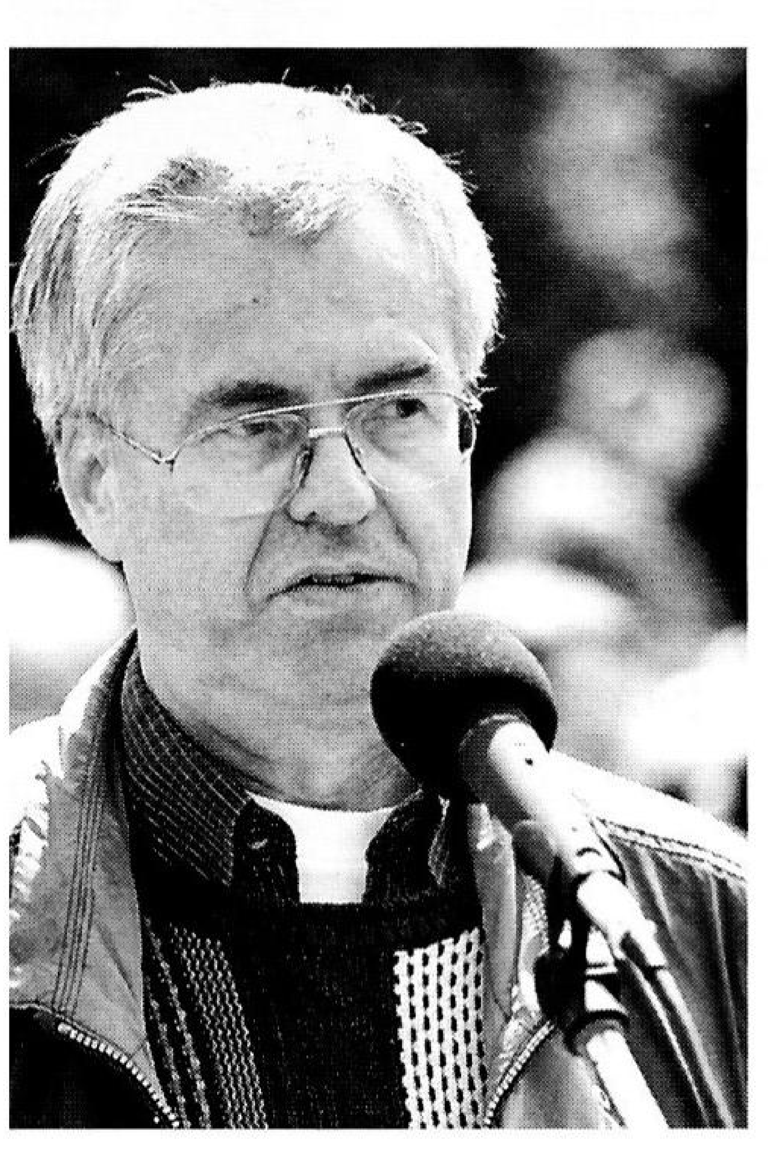
Von Ulli Jentsch

Das Personal

Die Entwicklung der neonazistischen Szene in Berlin und Brandenburg ist schon seit Jahren vor allem durch die deutliche Zusammenarbeit zwischen dem Spektrum der „Freien Kameradschaften“ und der NPD bzw. JN geprägt. Der Wandel der NPD zur „Bewegungspartei“ kam überhaupt nur durch eine Eintrittswelle junger Aktivisten aus dem Kameradschaftsspektrum zu Stande. Die Strukturen des NPD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg – von den Kreis- und Ortsverbänden bis zur Landesführung – sind daher geprägt durch den Nachwuchs und einige bekannte Gesichter aus der Nazi-Szene der 1990er Jahre. In diesen Kreisen wird teilweise unverhohlen von der erfolgreichen Übernahme der NPD schwadroniert.

Ein Blick auf einige NPD-Funktionäre in Berlin und Brandenburg verdeutlicht die Entwicklung. Mit Hans-Jörg Rückert stellte sich 2002 der zeitweilige Schatzmeister der „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen“ (BKP) in Berlin zur Wahl. Er befand sich im August 1994 mit über zwanzig anderen Neonazis im Wohnhaus von Arnulf Priem, um es gegen vermutete Angriffe einer antifaschistischen Demonstration zu verteidigen. Andrew Stelter, Mitglied des Landesvorstandes und zuständig für politische Bildung, war bereits als Aktivist der verbotenen „Nationalistischen Front“ (NF) aufgefallen. Reinhard Golibersuch dagegen, der mit dem Kreisverband Spreewald den größten und aktivsten in Brandenburg leitet, begann seine politische Laufbahn schon 1981 als Anhänger der verbotenen „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands“(VSBD) und wurde 1983 Berliner Kameradschaftsführer der ebenfalls verbotenen ANS/NA. In den 1990er Jahren hinterließ er vor allem eine Reihe von Geburtsanzeigen für seine Kinder in den Nachrichten der HNG oder im „Wikinger“, der Zeitschrift der – selbstverständlich - verbotenen „Wiking-Jugend“. Der Kreisverband Spreewald thematisierte daher wohl nicht zufällig verstärkt







*V.o.n.u.:
Mario Schulz, Frank Schwerdt, Gordon Reinholz*

die Familie und veranstaltete so genannte „NPD-Familientreffen“. Dort wurden auch Kinderbücher vermarktet, in denen die saubere „Stadt Entenhausen von einer Horde zugewanderter, finster gezeichneter und großer Schmarotzer-Hühner heimgesucht werden.“

Im gleichen Kreisverband war der langjährige Neonazi und VS-Informant Carsten Szczepanski tätig gewesen. Er musste sich am 9. Dezember letzten Jahres wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz vor Gericht verantworten. Der zeitweilige Organisationsleiter im NPD-Landesvorstand hatte dem Sänger der Potsdamer Band „Bloodshed“ (ehemals „Proissenheads“), Uwe Menzel, eine Langwaffe verschafft. Beide wurden zu Geldstrafen verurteilt.

Ein weiteres NPD-Mitglied war kurzfristig in den Verdacht der Informanten-Tätigkeit geraten: Michael Dräger musste sich entsprechender Vorwürfe der eigenen Partei erwehren. Auf der NPD-Homepage war der zeitweilige stellvertretende Landeschef in Berlin denunziert worden. Das gleiche Amt hatte er schon in der verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) inne.

Neue nationalistische Jugendbewegung?

Die bisherige Landesvorsitzende Carola Nachtigall hat im vergangenen Jahr ihren Platz für den profillosen Landwirt Mario Schulz aus Wittenberge frei gemacht. Nachtigall, die trotz „mütterlicher Aufgaben“ weiterhin aktiv bleibt, ist inzwischen in den erweiterten NPD-Bundesvorstand aufgerückt und engagiert sich in der „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ (GDF).

Diese NPD-Vorfeldorganisation weist wie die JN in Berlin-Brandenburg einen besonderen Weg inhaltlicher Arbeit auf: die Pflege völkischen Brauchtums durch Volkstanznachmittage oder die Organisierung des bisher zwei Mal abgehaltenen „Märkischen Kulturtages“. Hier treffen sich diejenigen, die sich mit den dekadenten Auswüchsen selbst einer extrem rechten Jugendkultur nicht anfreunden können. Sie dürfen dann Vorträgen von Gerd Zikeli oder Jörg Hähnel, dem JN-eigenen Liedermacher, lauschen.

Die JN Berlin-Brandenburg wird angeführt von dem Teltower Jens Pakleppa, der im November letzten Jahres zu deren Bundesorganisationsleiter aufgestiegen ist. Trotz dünner Mitgliederdecke im Flächenland legt die JN hier einen erstaunlichen Aktionismus an den Tag. Ihre Publikation „Jugend wacht“ dokumentiert dieses Engagement sowie die exzessive Beschäftigung mit verschiedenen Facetten des Nationalsozialismus.

Dokumentiert sind aber auch Schnittstellen zur „Heimattreuen Deutschen Jugend e.V.“ (HDJ). So engagierte sich der im Februar letzten Jahres verstorbene HDJ-Bundesführer Alexander Scholz auch bei der Berliner NPD und war deren Kreisvorsitzender im Stadtbezirk Pankow. Scholz wurde Ende 1999 Bundesführer und neben ihm soll mit Alexandra Assmann eine weitere NPD-Funktionärin im HDJ-Vorstand gesessen haben.

Auch die inhaltliche Handschrift der „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen“ (BKP) ist unübersehbar. So ist Jan Gallasch als Leiter des „Amtes für Kultur“ in den neuen JN-Bundesvorstand gewählt worden. Sein ideologisches Rüstzeug erhielt er in der NF und im Vorstand der BKP.

Schweigert und der Rest

Es liegt nahe, dass der Trend zur NPD mit einem Bedeutungsverlust der Kameradschaftsstrukturen einherging. Ihre Aktionsfähigkeit ist stark zurückgegangen. Bescheidene Ansätze, koordinierende landesweite Gremien wie einen „Kameradschaftsbund“ oder ein „Aktionsbüro“ zu schaffen, scheiterten oder stagnieren. Der „Kameradschaftsbund Germania“, an dem sich fünf Berliner Kameradschaften beteiligten, löste sich schon 2001 nach einem halben Jahr aufgrund interner Streitigkeiten auf. Das „Aktionsbüro Mitteldeutschland“, an dem vor allem Alt-Kader Oliver Schweigert bastelt, fasst die wenigen lokalen Initiativen in Berlin und Brandenburg zusammen, zu denen sich die Kameraden aufraffen.

Tatsächliche politische Aktivität verbirgt sich hinter dieser Liste von Initiativen (s. Kasten rechts) aber kaum, obwohl das Personal der Kameradschaftsszene fleißig Ermittlungsverfahren sammelt. Das überregional anerkannte Label „Kameradschaft Germania“ (KSG) benutzt inzwischen niemand mehr, angesagt ist jetzt die Selbstbezeichnung „Autonome Nationalisten Berlin“. Hinter deren Transparent marschieren die Berliner Kameraden auf den verschiedenen überregionalen Aufmärschen umher.

Lutz Giesen, Aktivist im Umfeld der KSG, hat vor einem halben Jahr Berlin Richtung Hamburg verlassen. Angeblich hinterließ er vor allem Schulden, wie Christian Worch zu berichten weiß. Giesen soll sich nun in Hamburg des „Kameradenbetrugs“ schuldig gemacht haben, weswegen er für Worch als Anmelder und Leiter einer Anti-Kriegs-Demonstration „nicht geeignet“ sei.

„Anti-Antifa“

Die „Kameradschaft Tor“ fiel im vergangenen Jahr unter anderem durch ihre aufgeregten Reaktionen auf eine Ausstellung im Berliner Stadtteil Lichtenberg-Hohenschönhausen auf. Die Dokumentation „Motiv.Rechts“ tourte durch dortige Jugendclubs und Bibliotheken und vermittelte anschaulich örtliche Strukturen und Aktivitäten der Neonazis. Die Kameradschaft wurde im Juli 2000 gegründet und organisiert junge Neonazis aus Friedrichshain und Lichtenberg-Hohenschönhausen. Neben der Teilnahme an Aufmärschen und wenigen Plakataktionen versuchte sich die Kameradschaft – benannt nach ihrem Gründungsort, dem „Frankfurter Tor“ – vor allem an Anti-Antifa-Aktivitäten, deren Ergebnisse sie auch im Internet präsentierte.

Die Mitgliedsverbände des „Nationalen Widerstandes Berlin-Brandenburg“ (NWBB)

Berlin:
Kameradschaft Mitte
Kameradschaft Hellersdorf
Kameradschaft Mahlsdorf
Kameradschaft Prenzlauer Berg
Kameradschaft Tor
Kameradschaft Pankow
Kameradschaft Preußen
Autonome Nationalisten Berlin
Kameradschaft Lichtenberg 44

Brandenburg:
Märkischer Heimatschutz
Kameradschaft Fürstenwalde
Kameradschaft Lausitzer Front
Kameradschaft Potsdam

(lt. Homepage des Nationalen Widerstandes Berlin-Brandenburg)

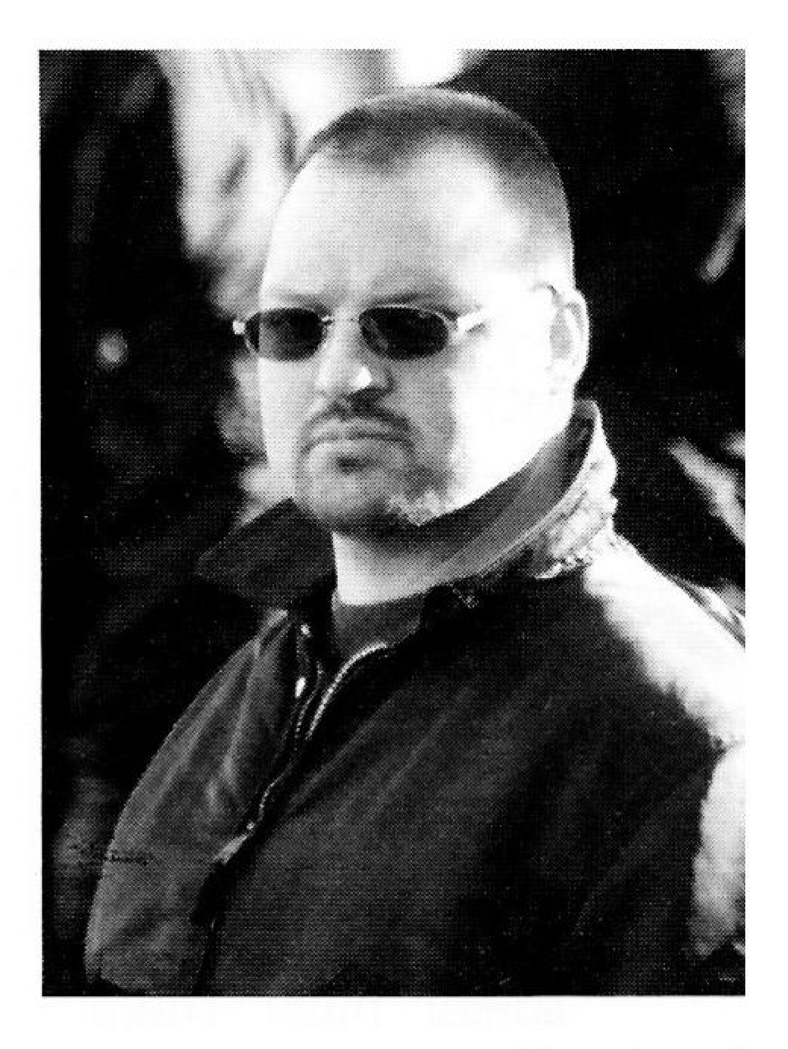
Überhaupt haben die Angriffe und Drohungen gegen Linke zugenommen. Linke Jugendclubs wurden demoliert, AntifaschistInnen attackiert und eingeschüchtert. Daran beteiligte sich auch die NPD, die dazu aufforderte, eine „Antifaschistische Aktionswoche" zu verhindern.

Im nordbrandenburgischen Angermünde wurde der Verein „Pfeffer & Salz" zur Zielscheibe neonazistischer Hetze. In einer Broschüre wurden Namen, Porträts und Steckbriefe der Mitglieder des alternativen Vereins veröffentlicht, presserechtlich verantwortlich zeichnete das NPD-Bundesvorstandsmitglied Frank Schwerdt. Mitte Dezember wurden das Büro des Vereins und das Auto eines Mitarbeiters mit Drohungen und antisemitischen Parolen beschmiert. Nicht zu Unrecht interpretierte der Verein die Angriffe „als Ausdruck der Wut über viele erfolgreiche Projekte und Aktivitäten des Vereins in diesem Jahr".

Darüber ärgert sich auch der „Märkische Heimatschutz" (MHS) unter Gordon Reinholz. Reinholz, ehemaliger NPD-Kreisvorsitzender, schart etwa 50 Aktivisten um sich, die vor allem den nordbrandenburgischen Raum unsicher machen. Auffällig sind die Medienaktivitäten, an denen sich der MHS beteiligt. Neben dem eigenen „Uckermark-Boten" unterstützt der MHS die Ende 2001 gegründete „Mitteldeutsche Jugendzeitung" (MJZ), ein überregionales Projekt diverser Kameradschaften. Während Reinholz Anfang letzten Jahres aus der NPD ausgeschlossen wurde – es war Geld aus der Kasse des von ihm geleiteten Verbandes verschwunden – , hofierte ihn das „Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk" Mitte 2002 mit einer gemeinsamen Veranstaltung.

Ausblick

Die letzten Aufmärsche der Szene waren mangels Beteiligung Flops. Die Teilnehmerzahlen pendelten sich in den letzten Monaten auf unter Hundert ein. Die komplette Absage des „Heldengedenkens" in Halbe, dürftig ersetzt durch lokale Kranzniederlegungen, war eine weitere Niederlage. Vor allem an dem drohenden Irak-Krieg werden sich weiterhin die Aktivitäten der Nazis entzünden. Ein gemeinsames Plakat von NPD und NWBB ist bereits erschienen. Beide dürften versuchen, ihre schwer verdauliche Mischung von nationalistischer und antiimperialistischer Rhetorik, Palästina-Solidarität, Antisemitismus und Antiamerikanismus unter das „Demo-Volk" zu bringen. Sollten sie – wider Erwarten – hier auch nicht punkten können, dürften weitere Kämpfe der Neonazi-Strategen untereinander folgen.





V.o.n.u.: Oliver Schweigert, Andrew Stelter

Deckmantel Rockermilieu?

Neofaschisten in der Rockerszene

Mit mehrjährigen Haftstrafen endete im Jahr 2001 der Prozess am Leipziger Landgericht gegen zwölf Mitglieder des Rocker-Clubs „Gremium MC Dresden". Nach 17 Prozesstagen beendete ein so genannter „Big Deal" den Prozess wegen des Überfalls auf das Döbelner Clubhaus des früheren „MC Highway Wolves", berichtet die Szene-Zeitschrift „Bikers News" in ihrer Ausgabe Nr. 9/2001. Bei dem Überfall wurde der Döbelner Club-Chef Thomas Döge (22) erschossen.

Von Andrea Röpke

Alle zwölf Angeklagten legten „Biker News" zufolge Geständnisse ab und räumten ein, an dem Überfall beteiligt gewesen zu sein. „Den tödlichen Schuss auf ‚Borsti' nahm der Dresdner Gremium-President Heiko Rabenhorst auf seine Kappe", heißt es weiter. Der Gremium-Chef wurde zu fünf Jahren und fünf Monaten Haft verurteilt, wegen Körperverletzung mit Todesfolge, sechsfacher gefährlicher Körperverletzung, Bildung einer bewaffneten Gruppe und Haus- und Landfriedensbruchs. Die Szene-Zeitschrift unter der Führung von „Doc" Hans Baumann verschweigt, wer jetzt die Führung des „Gremium MC" in Sachsen übernimmt. In der Clubhierarchie am nächsten steht Vice-President „Oswald Pohl". Der ist jedoch kein geringerer als der ehemalige Mitbegründer der inzwischen verbotenen rechtsradikalen „Nationalistischen Front" (NF) Andreas Pohl, genannt „Oswald" (SS-Obergruppenführer Oswald Pohl gehörte zum Freundeskreis Heinrich Himmlers und wurde 1951 hingerichtet). Andreas Pohl stammt aus der Berliner Skinheadszene, er war Bandmitglied bei „Kraft durch Froide". In der DDR soll er wegen seiner Kontakte zu Ostskinheads Einreiseverbot gehabt haben. Nach der Spaltung der NF gründet Pohl im Juli 1992 die „Sozialrevolutionäre Arbeitsfront" (SrA), im Herbst des Jahres kandidierte er noch für die NF in Kelheim (Bayern) zu den Landratswahlen und erhielt 1,29 % der Stimmen. In der Gegend um Potsdam betrieb eine Gruppe „P.O.H.L." Propaganda für die SrA. Dann verliert sich seine Spur. Der Rocker „Oswald" Pohl taucht spätestens Ende der 1990er Jahre in Dresden auf, als Mitglied des Clubs „The Clan MC Dresden".

Einige der Rocker, die später vor Gericht stehen, kommen wie Pohl aus der Berliner bzw. Brandenburger Gegend. In der „Biker News" Nr. 10/1997 protzt der „Clan MC": „Wir haben Dresden übernommen, um ein Ausufern der MC-Szene zu verhindern". Die Club-Member tragen lange weiße Staubmäntel, ihr so genanntes „Clan-Camp" liegt

in einem alten Industriegebiet, auf der anderen Seite war ein bekanntes Bordell. Die Polizei bringt den berüchtigten Rockerclub bald mit dem Rotlichtmilieu, aber auch Neonazi-Konzerten in Verbindung. Man trägt Glatze beim „Clan MC", „das habe aber nichts mit politischer Orientierung zu tun. Das wurde irgendwann Clubmode". 1999 wird „Clan MC" Prospect-Chapter beim bundesweiten „Gremium MC", mit dabei: „Oswald" alias Andreas Pohl.

Der Sitz des Clubs wird später nach Tharant bei Dresden verlegt. Viele der Gremium-Mitglieder sind im Security-Gewerbe tätig, Pohl soll Tattoo-Studios betreiben. Nach der Erschießung des „Highway-Wolves"-President führte die Polizei in Sachsen Razzien gegen Clubmember durch. Obwohl dabei auch Nazi-Devotionalien gefunden werden, legt die ermittelnde Staatsanwaltschaft darauf „keinen großen Wert". „Das spielte in dem Prozess keine Rolle", bestätigt der Pressesprecher der Staatsanwaltschaft in Leipzig, Norbert Roeger. Für die Kameraden bei den „Biker News" steht ebenfalls fest: „Wer rechte Gesinnung zur Schau trägt, hat beim Gremium nichts zu suchen." Mittlerweile jedoch werden die Stimmen aus offiziellen Kreisen immer lauter, dass es Verbindungen zwischen dem „Gremium MC" von Andreas Pohl zum Neonazi-Treffpunkt „Thor" in Dresden gibt (vgl. DRR Nr. 80).



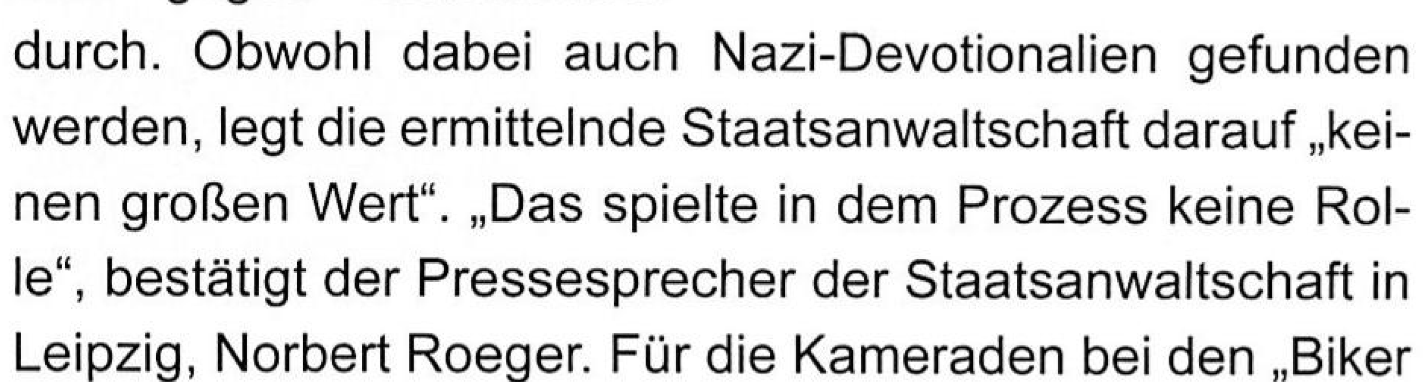
Ausriss aus den „Bikers News" (2/1999) - links der jetzige Chef von „MC Gremium" Dresden Andreas Pohl alias Oswald

Über die Verbindungen zwischen Neonazis und Rotlichtmilieu in Sachsen schweigen sich Polizei und Justiz gern aus. Das Landesamt für Verfassungsschutz in Brandenburg dagegen räumt ein, dass es Verbindungen zwischen rechtsextremen Konzertveranstaltern und „Gremium"-Anhängern in der Nähe von Cottbus gibt. Auch in Bremerhaven weiß die Polizei von unheimlichen Allianzen zwischen dem „Gremium MC" und rechten Hooligans. So fand im Herbst letzten Jahres in den Räumen des Bremerhavener Chapters ein Konzert mit der rechten Band „Kategorie C" statt.

Vor zehn Jahren galt Andreas Pohl als intelligenter Drahtzieher im braunen Netz. Nach dem Prozess in Leipzig berichteten erstaunte Verteidiger über den „Intellektuellen" unter den Rockern im Gerichtssaal: „Oswald" Pohl.

„Landser" weiter aktiv

Am 6. Februar diesen Jahres wies das Kammergericht Berlin die Anklage des Generalbundesanwalt Kay Nehm gegen die Mitglieder der Band „Landser" wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ab. Als Anklagepunkte bleiben nur Volksverhetzung, Verbreitung verfassungsfeindlicher Propaganda und Ähnliches übrig. Delikte, mit denen die Band wohl kaum zu stoppen ist, zumal die meisten dieser Straftaten wohl verjährt sein dürften. Während Nehm eine Berufung vorbereitet, finden drei CDs von „Landser" in der Szene reißenden Absatz. Schon im letzten Jahr erschien unter dem Titel „Tanzorchester immervoll – jetzt erste recht" eine Zusammenstellung älterer Stücke. Nun erschien eine weitere Compilation unter dem Titel „Rock gegen Zog – hepp hepp!". Beide CDs tragen das Logo der Band und erschienen auf dem dem Hamburger Lars Georgie zugeschriebenem Label „Wotan Records". Obschon die letztgenannte CD seit geraumer Zeit beworben wurde, scheinen die Behörden angesichts des offen antisemitischen Titels keinen Handlungsbedarf zu sehen.



Der „Mythos Landser" wurde von der internationalen RechtsRock-Szene aufgenommen und in Form eines „Landser – a Tribute"-Albums weiterverbreitet. Auf der CD sind internationale Bands wie „Bound for Glory", „Intimidation One", „Max Resist" (alle USA), „Estripe Imperial" (E), „Brutal Attack", „Nemesis" (GB), „Storm" (S) jeweils in Landessprache vertreten. Diese und nationale Bands wie „Hauptkampflinie" (Kassel), „Radikahl" (Weimar), „Spreegeschwader" (Berlin), „Nahkampf" (Bremen) spielen so genannte „White Cover", also Lieder von „Landser", nach.

Rechte CDs bei WOM und Amazon

Ihre Bandsymbole sind abgewandelte Totenköpfe oder Hakenkreuze aus Hundeköpfen, ihre Cover zieren brennende Kirchen. Sie verherrlichen den Nationalsozialismus, treten in martialischen Uniformen auf oder covern das verbotene „Horst Wessel"-Lied: rechte Bands aus dem so genannten „NS-Black-Metal"-Spektrum wie „Burzum" aus Norwegen oder rechte Dark Wave-Gruppen wie „Death in June" oder „Blood Axis". Dennoch sind deren CDs problemlos in den bundesweiten Läden der „Karstadt"-Tochter „WOM - World of Musik", beim Internetanbieter „Amazon" oder bei „Bol.de" erhältlich. Auch im „Media-Markt" in Braunschweig liegen CDs von „von Thronstahl" und der „Riefenstahl-



Sampler II" aus. Leicht erhältlich ist ebenso das höchst umstrittene Buch „Lords of Chaos" (vgl. DRR Nr. 80) - für 24,99 Euro bei „Amazon". Dort soll es gar auf Verkaufsplatz Nr. 148 stehen. „WOM" und „Amazon" empfehlen dieses Buch ihren überwiegend jungen Käufern. Die Verantwortlichen der Firmen argumentieren: „Wenn die Produkte nicht von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert wurden, dann treten wir nicht als Zensoren auf!" Einzig „bol.de" will jetzt, mit den Vorwürfen konfrontiert, die CDs von „Death in June" und Sampler mit „Allerseelen" und der rechtsextremen Band „Forthcoming Fire" aus dem Angebot nehmen, so Pressesprecherin Bettina Althaus. Ob „Lords of Chaos" weiter verkauft wird, muss noch geprüft werden - denn immerhin lässt sich das Buch gut verkaufen.

RechtsRock in NRW



50 Neonazis agitierten am 19.02.2003 in Dortmund gegen die Veranstaltung der Initiative „we will rock you - tour 2003. kein raum der nazi-musik". Anmelder des Aufmarsches unter dem Motto „Gegen linke Hetze - Bloßstellung von national gesinnten Deutschen" war der Sänger der Band „Oidoxie", Marcel Ingignoli.

Mit einer Kampagne wollen antifaschistische Gruppen aus NRW in den folgenden Monaten eine Offensive gegen die in NRW existierenden RechtsRock-Projekte und die immer häufiger stattfindenden Konzerte starten. Mit Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und Gegenkultur soll dafür gesorgt werden, dass der Raum für die „für das Vaterland" musizierenden RechtsRocker demnächst enger wird.

Von Pierre Briegert

Lebens- bzw. Erlebniswelten für die Szene finden sich heute auch in NRW reichlich. Hier stach in früheren Jahren hauptsächlich die starke Konzentration der Infrastruktur des RechtsRocks hervor.

Besonders erwähnenswert sind die Labels und Vertriebe „Rock O Rama" (ROR, Köln) und das heute als „VGR-Multimedia" auftretende und von Andreas Zehnsdorf geleitete ehemalige RechtsRock-„Reich" des Düsseldorfers Torsten Lemmer. In den letzten Jahren hat sich aber auch eine starke RechtsRock-Szene etabliert. Derzeitig gibt es um die 20 mehr oder weniger aktive Bands, zuzüglich einiger NS-Black-Metal-Projekte. Zu den derzeit aktivsten zählen „Oidoxie" (Dortmund), „Sleipnir" (Gütersloh), „Barking Dogs" (Krefeld), „Eskil" (Düsseldorf/Mettmann) und „Weisse Wölfe" (Arnsberg). Das Konzertangebot hat sich im letzten Jahr im Vergleich zu den Vorjahren um ein vielfaches gesteigert. Es gab 17 bekannt gewordene Konzerte, davon zehn durchgeführte, zwei an Unfähigkeit gescheiterte, zwei nach Kündigung der Räumlichkeiten in andere Bundesländer verlegte und drei – ebenfalls nach erfolgter Kündigung – abgesagte. Die Teilnehmerzahlen liegen zwischen 100 und 1.300 Personen. Dieser Trend hält an. Unter den Vertrieben und Labels ist aktuell neben dem Marktführern ROR und VGR (Hilden) insbesondere „Ohrwurm-Records" nebst diverser angegliederter Projekte des Gevelsberger Marcel Ingignoli zu nennen. Auch Zines wie „Unsere Welt" (Bielefeld) und den bundesweiten Markführer „Rock Nord" aus Hilden nennt die NRW-Szene ihr Eigen. Zudem eine Handvoll Shops, die nicht nur dem Verkauf von einschlägigen Accessoires, sondern auch als Treffpunkt lokaler Szenen und erster Anlaufpunkt für rechte Jugendliche dienen. Derartige Shops sind aktuell in Essen („Viking Ship"), in Dortmund („Buy or Die"), in Ennepetal („Ranger Streetwear") und in Gevelsberg („Attacke 88") angesiedelt.

Anfang Februar starteten antifaschistische Gruppen aus NRW ihre Kampagne „we will rock you – tour 2003. kein raum der nazi-musik".

Weitere Informationen unter www.antifa-nrw.de und www.free.de/lotta.

Haft für Brandanschlag

Fünf rechtsextreme Jugendliche und junge Erwachsene wurden vom Frankenthaler Landgericht am 31. Januar diesen Jahres zu teilweise mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Von Herfried Mann

Der 20-jährige Haupttäter Jaime Burkhardt erhielt eine Gefängnisstrafe von vier Jahren und sechs Monaten. Die mitangeklagten Skinheads Christopher Berry (19), Nico Roth (20) und Benjamin Riedle (20) wurden jeweils zu 2 Jahren auf Bewährung und einer geringen Geldstrafe verurteilt. Die 16-jährige damalige Freundin von Burkhardt, Nadja E., erhielt eine Verwarnung und muss 100 Arbeitsstunden ableisten.

Die Angeklagten waren an einem Brandanschlag auf ein von linken Jugendlichen besuchtes Haus im vorderpfälzischen Erpolzheim (Kreis Bad Dürkheim) am 31. März des vergangenen Jahres beteiligt. Die beiden Hooligans des örtlichen Fußball-Zweitligisten „SV Waldhof Mannheim" Berry und Burkhardt bauten in Burkhardts Mannheimer Wohnung gemeinsam fünf oder sechs Molotow-Cocktails. Die Freundin des Skinheads Burkhardt war zugegen, ohne aber selbst aktiv geworden zu sein. Nach dem ersten Wurf eines Brandsatzes durch den Anführer Burkhardt floh die Gruppe vom Tatort. Der Brand auf dem Dach des Hauses nahe einem Fenster konnte von Hausbewohnern und Gästen gelöscht werden. Berry, Roth und Riedle wurden noch am Tatabend verhaftet. Burkhardt und seine Freundin flüchteten nach Berlin, wo sie sich einige Tage später der Polizei stellten. Da bei Burkhard eine 10-monatige Bewährungsstrafe wegen Volksverhetzung und Körperverletzung noch offen war, sitzt er seitdem in Haft. Der Skinhead Berry fiel bereits in der Vergangenheit bei einer Polizeikontrolle in Ludwigshafen auf. Er hatte eine Sturmhaube, einen Schlagstock, acht Patronen, ein Messer und eine Reichskriegsflagge in seinem Rucksack auf dem Weg zur Kundgebung der NPD am 1. Mai 2000 in der Chemiestadt. Die Urteile wurden noch im Gerichtssaal rechtskräftig, da sie von allen Angeklagten angenommen wurden.

Rechte Jugendszene

Tödlicher Überfall in Erfurt

Mit dem Tod eines 48-jährigen Mannes endete in Erfurt-Nord ein Überfall von Neonazis.

Von Walter Faber

Vorausgegangen war der vergebliche Versuch der Neonazis, sich Zutritt zu einer Party zu verschaffen. Eine verbale Auseinandersetzung wurde zunächst auf der Straße fortgesetzt. Nachdem sich die Situation bereits beruhigt hatte, wurden eine kleine Gruppe von Punks und der 48-Jährige plötzlich von einer größeren Gruppe von Neonazis angegriffen, die aus der Kneipe „Werners Pub" kamen. Zeugen fanden wenig später den 48-Jährigen und einen 26-jährigen Mann blutüberströmt und mit schweren Kopfverletzungen auf der Straße liegend. Während letzterer mehrere Tage mit schweren Gesichtsverletzungen im Krankenhaus lag, starb der ältere Mann an den Hirnhautblutungen, die ihm durch einen Sturz auf die Straße und Tritte auf den Kopf zugefügt worden waren. Hatte die Polizeidirektion Erfurt zunächst versucht, den Überfall als „Kneipenschlägerei" darzustellen, wollte die Staatsanwaltschaft einen „politischen Hintergrund nicht ausschließen". Tatsächlich gehören die Tatverdächtigen zur Neonazi-Szene Erfurts und sind zum Teil einschlägig der Polizei bekannt. Wohnungen von fünf verdächtigen Neonazis wurden durchsucht und dabei unter anderem Baseballschläger, ein Messer, ein abgebrochener Billardstock und eine abgeschlagene Glasflasche gefunden. Die Polizei ermittelt derzeit wegen Körperverletzung mit Todesfolge.

Nach einer kurzfristig angesetzten Protestkundgebung mit über 200 Teilnehmenden führten Erfurter AntifaschistInnen am 10. Februar diesen Jahres eine zweite Kundgebung, dieses Mal in Erfurt-Nord, durch. Auf der Veranstaltung, die vor allem Gedenkcharakter hatte, wurde dazu aufgerufen, auch in diesem Stadtteil den Nazi-Aktivitäten nicht länger zuzusehen. Auch wenn organisierte faschistische Strukturen in Erfurt weder in Gestalt der NPD – siehe die Auflösung eines eigenständigen NPD-Kreisverbandes und dessen Fusionierung mit dem KV Gotha vor etwa 2 Jahren - noch sichtbar auftretender „Kameradschaften" existieren, so gibt es doch in verschiedenen Stadtteilen (u. a. Rieth, Nord) eine rechte Jugendszene. Zu dieser gehören auch die Tatverdächtigen.

Täglich 20 rechte Straftaten

Im November letzten Jahres wurden bundesweit 588 rechte Straftaten registriert, darunter 39 Gewaltdelikte, ergab eine Anfrage der PDS-MdB Petra Pau an das Bundesinnenministerium. In absoluten Zahlen wird die Statistik von Niedersachsen, Berlin, Bayern und Sachsen angeführt.

Vier Jugendliche schwer verletzt

In Schönebeck bei Magdeburg hat eine Gruppe von Neonazis Anfang Februar diesen Jahres vier Jugendliche brutal verprügelt. Ungefähr zehn Angreifer schlugen die 18 bis 21-jährigen Jugendlichen nieder und traten anschließend gegen deren Köpfe. Die Opfer mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Sieben Tatverdächtige ermittelte die Polizei. Gegen die 18 bis 27 Jahre alten Täter wird nun wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt.

Nazis stören Gedenkveranstaltung

Eine Gedenkveranstaltung im einstigen Magdeburger Schwerindustrieviertel Rothensee für die Zwangsarbeiter des KZ Buchenwald-Außenlagers „Magda" im Januar diesen Jahres ist von zehn Neonazis gestört worden. Diese riefen antisemitische und nationalsozialistische Parolen und verteilten Flugblätter. Nach einem kurzen Handgemenge mit Polizeibeamten flüchteten die Neonazis. Später wurden sie von der Polizei gestellt.

Kein Verbotsgrund

Neonazis marschieren in Chemnitz

Am 8. Februar diesen Jahres fand in Chemnitz ein von Christian Worch angemeldeter Naziaufmarsch gegen die am Vortag eröffnete Wehrmachtsausstellung statt.

Von Annelies Senf

Unter dem Motto: „Ehrenschutz der deutschen Wehrmacht - Gegen die Reemtsma-Ausstellung!" wurde über die Seiten des „Freien Infotelefons Norddeutschland" und des „Nationalen Widerstandes Berlin-Brandenburg" mobilisiert.

Ca. 1.500 Demonstrierende des Bündnisses „Mut zur Demokratie", bestehend aus Gewerkschaften, Vereinen, Friedensgruppen und AntifaschistInnen, nahmen an der Gegendemonstration teil. Erst durch einen Verbotsantrag der PDS war im Stadtrat eine Diskussion über Worchs Anmeldung in Gang gekommen. Aufgrund des Drucks von Gewerkschaft, Friedensinitiativen und der PDS konnte die Stadt den Aufmarsch nicht ignorieren und musste handeln. Entgegen öffentlicher Verlautbarungen wurde aber keine Verbotsverfügung gegen Worch angestrebt: Einerseits, so hieß es, liege kein Verbotsgrund vor, da die Polizei alles im Griff habe. Andererseits äußerte der Rechtsdezernent, dass er „das Spiel mit dem Oberverwaltungsgericht wie 1998 nicht möchte". Damals unterlag die Stadt in zwei Instanzen - das Oberverwaltungsgericht in Bautzen genehmigte am Vorabend letztlich den NPD-Aufmarsch. Im Nachhinein können sich Bündnis und Stadt selbstzufrieden zurücklehnen, denn: „5000 Chemnitzer ließen die Nazis alt aussehen", wie die Presse berichtete. Gewohnheitsmäßig lief die teilweise angetrunkene Meute von ca. 500 Nazis vor dem Hauptbahnhof los und durfte ungehindert 2 Stunden marschieren. Selbst die Rufe „Ruhm und Ehre der Wehrmacht" bzw. „Ruhm und Ehre der Waffen-SS" wurden nicht rechtlich geahndet und hatten keinen Abbruch des Aufmarschs zur Folge. Angereist waren u. a. die „Kameradschaft Northeim" mit Torsten Heise, die BF Dortmund, Alexander Kleber (JLO-Dresden) mit dem Transparent „Freie Kräfte Mitteldeutschland, FK Saarlautern und FK Dessau- Anhalt".

Ausgang ungewiss

Während das Bundesverfassungsgericht über die Fortsetzung des NPD-Verbotsverfahrens berät, muss sich der NPD-Anwalt Horst Mahler vor Gericht verantworten.

Von Stephan Lindke



V.l.n.r.: Stefan Rochow, Horst Mahler (mit Brille), Udo Voigt

Zwei Jahre nach den Verbotsanträgen gegen die NPD hat das BVerfG am 3. Januar diesen Jahres die Beratungen über das gestoppte Verfahren wieder aufgenommen. Bis Ende Februar wollte der 2. Senat eine Entscheidung über den Fortgang oder die Beendigung des Verfahrens getroffen haben. Aber die Bundesrichter sind noch immer unentschlossen.

Ursprünglich sollte im Februar letzten Jahres an fünf Tagen über ein Verbot der NPD verhandelt werden. Nachdem aber im Vorfeld immer mehr hochrangige, staatlich bezahlte Spitzel in der NPD bekannt wurden, setzten die Richter die Verhandlung aus. Sie beraumten für Oktober letzten Jahres ein „Rechtsgespräch" an, in dem über die so genannte „V-Mann-Problematik" verhandelt werden sollte. Die Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder hatten bereits vor diesem Termin deutlich gemacht, dass sie nicht gedachten, ihre geheimdienstlichen NPD-Quellen zu benennen; und auch der Zweite Senat hatte bereits vor dem „Rechtsgespräch" einlenkend signalisiert, dass die vorrangige Frage sei, inwieweit das Verhalten und die Äußerungen der V-Leute der NPD insgesamt anzulasten sei.

Diese Frage scheint komplexer als erwartet, denn vor dem Termin wiesen noch Äußerungen einiger Richter daraufhin, dass sie der Argumentation der Antragsteller – die Unterwanderung der NPD sei notwendig und keineswegs Einfluss nehmend auf die politische Richtung der Partei – folgen würden. Die ausstehende Entscheidung zeigt jedoch, dass es im Zweiten Senat offensichtlich auch Gegenstimmen gibt.

Während die Bundesrichter sich in Karlsruhe beraten, muss sich der NPD-Anwalt in dem Verbotsverfahren, Horst Mahler, vor dem Hamburger Amtsgericht verantworten. Ihm wird vorgeworfen, die Anschläge vom 11. September 2001 verherrlicht zu haben. In einem „Panorama"-Interview vom 20. September 2001 sagte Mahler: „Es war ein Erschrecken und gleichzeitig auch das Gefühl: Endlich sind sie mal im Herzen getroffen. Und das wird sie wahrscheinlich auch zum Nachdenken bringen." Und deshalb, so Mahler weiter, war „das [...] eine Aktion, die, so grausam sie ist, rechtens war."

Diese Passage erfüllt laut der Staatsanwaltschaft den Straftatbestand der Billigung von Straftaten. Zweimal musste wegen Mahler der Prozesstermin verschoben werden. Er hatte andere Verpflichtungen. Als er dann Zeit fand, bestimmte er sogleich das Prozessgeschehen. Die Staatsanwältin war ebenso wenig wie die Richter in der Lage, Mahlers erläuternde Ausführungen zum Vorwurf zu unterbinden. Allein wegen seiner Lautstärke und Wortwahl ermahnten die Richter Mahler, als dieser seine sattsam bekannten antisemitischen und verschwörungstheoretischen Thesen ausführlich verbreitete. Zum Vorwurf merkte er an, dass die Passagen tendenziös zusammengestellt worden seien. Das Rohmaterial, welches Aufklärung über den Entstehungszusammenhang geben könnte, ist jedoch bereits vernichtet worden.

Nach einstündiger „Verhandlung" verständigte sich das Gericht mit Mahlers Rechtsbeistand, dem zweiten NPD-Anwalt im Verbotsverfahren, Hans Günter Eisenecker, auf eine Vertagung des Prozesses, um die verantwortlichen Redakteure zu laden.

Der Wahnsinn marschiert

Zum des 70. Jahrestag der Machtübergabe an Hitler äußert sich auch das „Deutsche Kolleg" in Gestalt des Rechtsanwalts Horst Mahler zu diesem Thema. In einer Erklärung zum 70. Jahrestag der „Deutschen Revolution" bezeichnet der NPD-Rechtsanwalt den 30. Januar als Tag der „Erhebung des Deutschen Volkes". In völliger Verkennung historischer Fakten sieht Mahler das Wesen dieser „Revolution" als „antiliberalkapitalistisch" an. Diese habe lediglich an der „parlamentarischen Form", in der sie sich vollzog, gekrankt. Über den „Deutschen Geist" schwadronierend beschreibt er die Geschichte als „Gang Gottes durch die Welt zu sich selbst" und leitet daraus ab, dass die „geschichtlich handelnden Völker gerechtfertigt und ohne Schuld" seien. Die Erklärung des „Deutschen Kollegs" gipfelt in dem Bekenntnis „zu unserer Schuldigkeit, den Weg, den als erste unsere Väter und Großväter betreten haben, weiterzugehen...".

Professor relativiert Shoah

Der Leiter des deutschen „Orientinstituts" in Hamburg, Professor Udo Steinbach, hat bei einem Vortrag der evangelischen Propstei Salzgitter im Januar diesen Jahres die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert. Wenn „israelische Panzer durch palästinensische Dörfer fahren und sich die verzweifelten Menschen mit Steinen wehren", müsse man sich in Bezug auf den Terrorbegriff „im Blick auf Warschau und im Blick auf den Aufstand der Juden im Warschauer Ghetto auch fragen dürfen, war das dann nicht auch Terror?" Steinbachs Ausfälle blieben vonseiten der 200 Anwesenden unwidersprochen.

Latussek angeklagt

Gegen den früheren Landesvorsitzenden des „Bundes der Vertriebenen" (BdV), Paul Latussek, hat die Staatsanwaltschaft Erfurt Anklage wegen Volksverhetzung erhoben. Der ehemalige BdV-Bundesvize hatte im November 2001 in Arnstadt geäußert, eine Kollektivschuldzuweisung behindere die Beurteilung der Kriegsschuld und der Verbrechen in der europäischen Geschichte. Dies werde sich jedoch bald ändern, da „die Lügen über Katyn und Jedwabne, über die Opfer in Auschwitz und anderes nicht mehr länger zu halten" seien. Durch öffentlichen Druck musste Latussek nach längerer Debatte von seinen Posten zurücktreten. Angeblich will der BdV ihn im März diesen Jahres ausschließen.

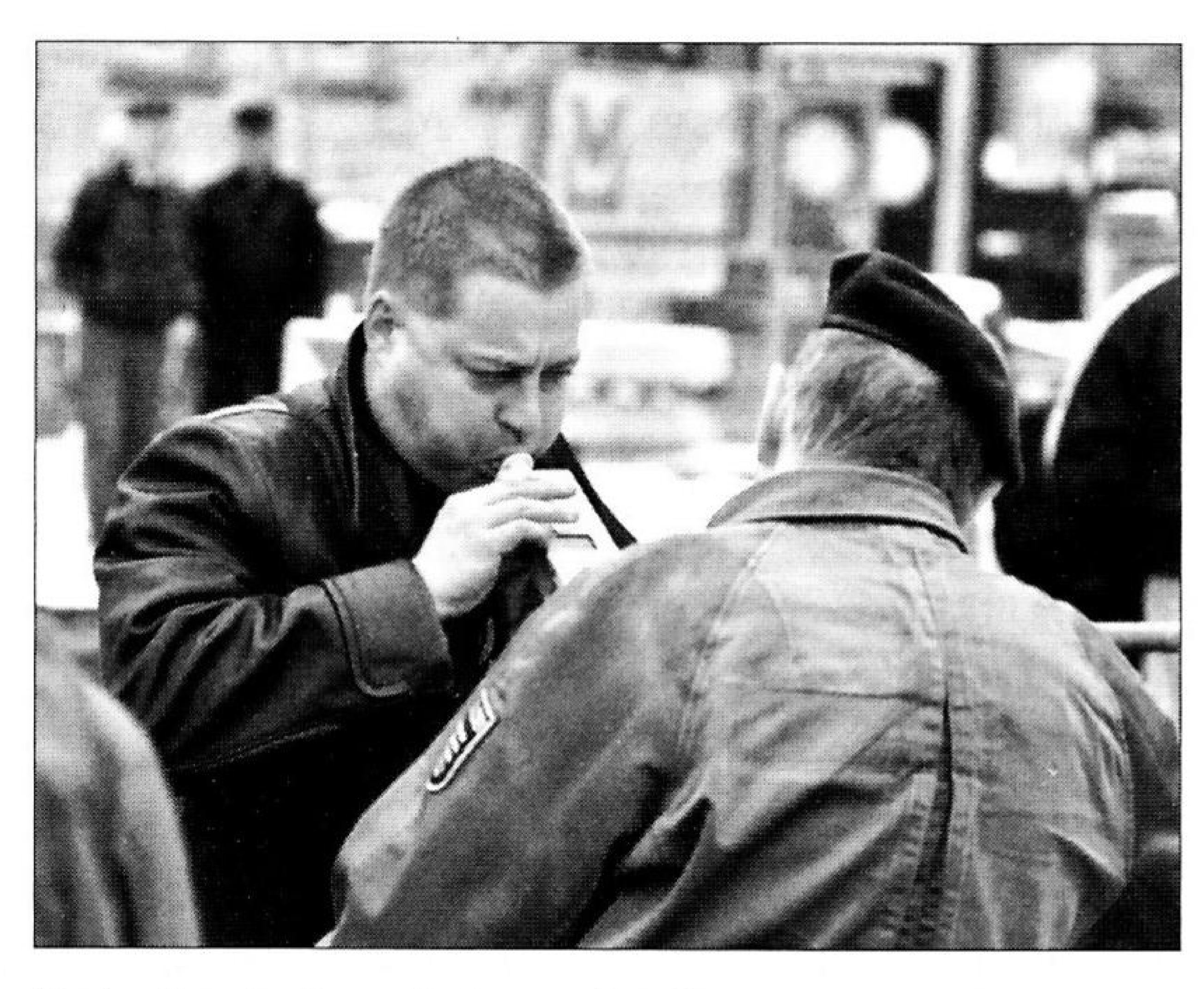
Schmutzige Wäsche

Weiter Streit bei den „Freien Nationalisten"

Wo „Bataille statt Debatte" die politische Alternative sein soll, kann sich keine Diskussionskultur entwickeln. Seit das „Aktionsbüro Norddeutschland" um Thomas Wulff und Tobias Thiessen Ende des vergangenen Jahres eine „Lageanalyse und Vorschau" zu dem Netzwerk der „Freien Nationalisten" veröffentlichte, bemühen sich die Kameraden zu diskutieren.

Von Stephan Lindke & Andreas Speit

Gab es zunächst keine Reaktionen auf das Strategiepapier, geht mittlerweile die Diskussion über die immanente politische Konkurrenz hinaus. So warnt auch schon die Schriftleitung des „Stoertebecker-Netz": „Wenn zwei sich streiten...". Denn längst wird nicht mehr nur über Christian Worchs „Demotourismus" gestritten, sondern es werden gegenseitig Vorwürfe wegen interner Machtbestrebungen, persönlicher Missgunst und individueller Dummheit artikuliert. Nachdem Worch in einer Polemik namentlich den Webmaster von „die-kommenden", Casjen Bayen, kritisierte, lancierten „Freie Nationalisten" einen „Ehrenkodex", in dem propagiert wird, durch „Anonymisierung Personen und Arbeitsstrukturen im nationalen Widerstand" zu schützen. „Anonymität wird im Zusammenhang mit unserem politischen Kampf immer wichtiger", meint die „Initiative gegen Schwätzer und Selbstdarsteller" und merkt an, dass im Internet, per E-mail oder via Rundfax „eine Flut von Informationen" verbreitet würde. „Wir liefern Staat und Antifa den Strick, an dem sie uns aufhängen".



Trotz „Pusten" am Aufmarsch teilgenommen: Hartmut Wostupatsch

Namenlich wird der Hamburger Nazichef nicht benannt, aber Worch fühlte sich angesprochen und griff sogleich Thiessen an, da er davon ausgehe, dass dieser die Initiative startete. Er habe nichts „gegen die Anonymität von Angehörigen des Nationalen Lagers" erwidert Worch, „solange ihre Aktivitäten sich nach außen richten" würden. „Aber wenn sie sie mißbrauchen, um Menschen aus den eigenen politischen Zusammenhängen anzugreifen, wenn sie andere herabsetzen wollen, [...] weil sie mit echten Leistungen nicht konkurrieren können, dann haben sie [...] kein Recht auf Anonymität", betont er. Und plaudert aus, dass Thiessen schon mal bei der Polizei ausgesagt habe, weshalb nicht nur Thiessen selbst, sondern auch weitere junge Kameraden verurteilt wurden. Ebenso hätte Thiessen als Redakteur des „Zentralorgans" mit zu verantworten, dass die Polizei bei einer Hausdurchsuchung eine „Liste der Mehrfachbezieher" auffand und daraufhin auch die „Wiederverkäufer gerazzt" wurden.

Nicht minder verärgert stellt sich Gerd Ittner von der „Nürnberger Bürgerinitiative Ausländerstopp" vor Worch und greift die „Feiglinge" an, welche „verdiente Frontkämpfer" denunzieren würden. Gerade diese „Typen" hätten falsche Anschuldigungen gegen „Hartmut Wostupatsch und Theodor Kotzenbauer" aus Franken „ungeniert herausposaunt". Statt nach „germanischer Art mit ihren Namen für das einzustehen [...] (hetzen sie) wie die Talmudisten in der Synagoge".

Die Repliken forcieren Solidarisierungen: Den Ehrenkodex Thiessens haben bisher das „Aktionsbüro Süddeutschland", der „Widerstand West", das „NIT Rheinland", „freie Kräfte aus dem Hochsauerlandkreis" und „freie Kräfte aus Halle-Merseburg" unterzeichnet. Den Kurs Worchs unterstützen die Aktivisten des Nazizentrums „Club 88" in Neumünster, der verbotene „Hamburger Sturm", die Wählergemeinschaft „Nationaler Sozialisten für Lübeck" sowie die Kader der Kameradschaften aus Kiel, Flensburg und Neuruppin. Sie alle waren zu dem von Worch angemeldeten Naziaufmarsch in Uetersen bei Hamburg am 18. Januar diesen Jahres gekommen. Als Redner hatte Worch neben Wostupatsch auch den Chef der „Kameradschaft Northeim", Thorsten Heise, gewinnen können.

Dass die Querelen Distanzen der Kader vitalisieren, aber Aktionen der Szene nicht blockieren, offenbarte der Aufmarsch des „Bündnis Nationaler Sozialisten". Am 25. Januar diesen Jahres folgten zwar „nur" 70 Personen dem Aufruf der Wählergemeinschaft in die Hansestadt Lübeck, aber mit dabei waren Worch und Thiessen. Der „alte Herr" ging allerdings an der

Fretteroder Frieden gestört

Eigentlich wollte der Northeimer Kameradschaftsführer Thorsten Heise im neu erworbenen Haus in Fretterode in Thüringen nur ruhig mit seiner Familie leben. Er beschwor Journalisten, sein Haus nicht zu outen, denn rechtsextreme Aktivitäten sollten dort gar nicht stattfinden.

Am 15. Februar diesen Jahres bekam der vorbestrafte Neonazi Besuch von Beamten des Landeskriminalamtes Thüringen. Diese beschlagnahmten in Fretterode 944 CDs, rund 3000 Cover für den Versand verschiedener CDs, Schriftgut, sowie 247 Patronen KK-Munition, zwei Gewehre, eine zerlegte Maschinenpistole, ein Maschinengewehr und eine Stielhandgranate. Zeitgleich landeten LKA und Kollegen vom BKA den ungleich größeren Coup gegen den kriminellen Familienvater: so konnte am Flughafen Frankfurt/ Main „eine Lieferung von 5000 CDs mit rechtsextremistischem Liedgut" sichergestellt werden. Das thüringische Innenministerium frohlockte: „Damit konnte dem Markt eine komplette Neuproduktion einschlägiger Tonträger entzogen werden". Die CDs waren von Heise bei einem Presswerk in Fernost in Auftrag gegeben worden und sollten über einen skandinavischen Vertrieb in Europa verkauft werden. Gegen Heise laufen nun Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen sowie Volksverhetzung und Gewaltdarstellung.



Spitze des Aufmarsches und der „junge Mann“ an dessen Ende.

Am 22. Februar erschien Worch indes nicht zu einem Aufmarsch gegen einen Irak-Krieg in Hamburg. Der vor kurzem nach Hamburg gezogene Berliner Lutz Giesen hatte für das „Aktionsbüro“ den Aufmarsch angemeldet. Grund genug für Worch, sich zu distanzieren. Schließlich würde Giesen durch seine private Mißwirtschaft – Miet- und Telekomschulden – „Kameraden“ gefährden, da er sie für sich bürgen lasse, ohne zu zahlen.

Nachdem die „Diskussion“ zwischen Worch und dem „Aktionsbüro“ immer mehr in ein „schmutzige Wäsche waschen“ ausartete, stellte Worch in seiner Aufmarschabsage die Frage, ob dies nun Thiessens „gutes Beispiel“ für einen qualitativ eingebetteten Aufmarsch in Vor- und Nachbereitung sei.

Netzwerke im metapolitischen Raum

Die „Nouvelle Droite“ in Frankreich und ihre Wirkungen

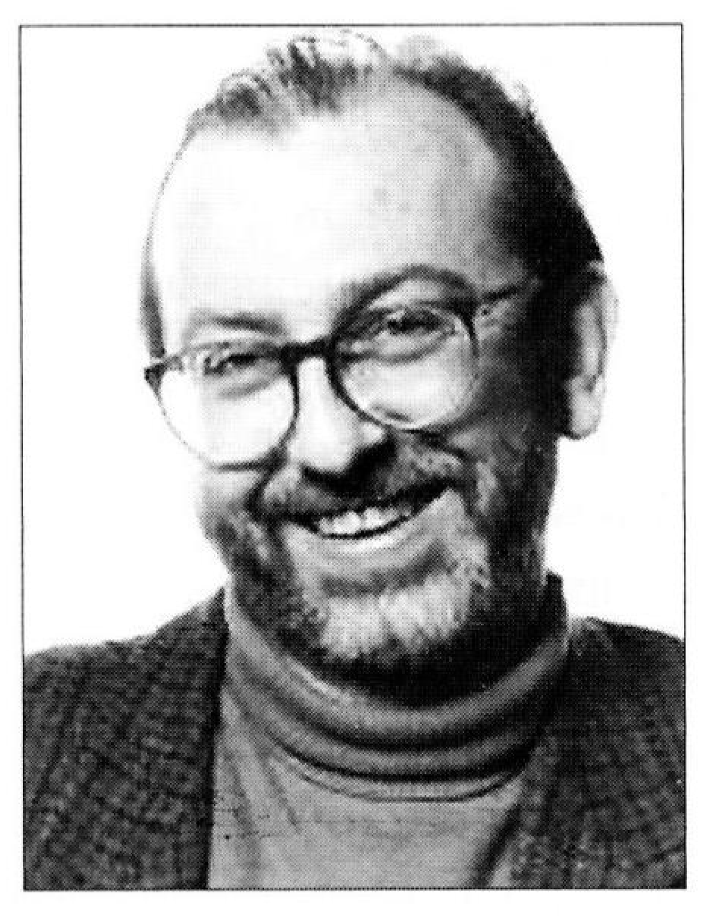
„Netzwerke funktionieren wie Viren“ überschrieb der Chefideologe der französischen Neuen Rechten, Alain de Benoist, im vergangenen Herbst einen Beitrag in der neu-rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“, der sich mit Ideologie und Strategie einer zeitgemäßen Rechten unter den Bedingungen der Globalisierung befasste.

Von Friedemann Schmidt

Ganz im gewohnten Stil neurechter Programmatik brachte Benoist hierin die Behauptung “eigener Identität“ und das „Bemühen um Diversität“ gegen die „gleichmacherische, einebnende Macht der Globalisierung“ in Stellung. Der Globalisierung sei am besten über die von ihr selbst hervorgebrachte weltweite Vernetzung beizukommen, denn: „Netzwerke sind eine Waffe. Ihre Existenz ermöglicht Dissidenten und Rebellen auf der ganzen Welt, miteinander in Kontakt zu treten und ihre Aktionen zu koordinieren.“

Ein weithin verflochtenes Netzwerk stellt auch das von Benoist selbst etablierte Zeitschriften- und Organisationskonglomerat der Neuen Rechten in Frankreich dar, das seit nunmehr gut dreißig Jahren existiert und dem eine Vorreiterrolle bei der erfolgreichen Modernisierung der radikalen Rechten in ganz Europa zugesprochen wird. Nicht nur die in den 1980er Jahren einsetzenden Wahlerfolge des mit der Neuen Rechten kooperierenden „Front National“, dessen Vorsitzender Jean-Marie Le Pen im vergangenen Jahr erstmals in die Stichwahl um das Amt des französischen Staatspräsidenten kam, werden auf die langjährige Boden bereitende Arbeit der „Nouvelle Droite“ zurückgeführt – auch die erfolgreiche Herausbildung neu-rechter Intellektuellenzirkel in anderen westeuropäischen Ländern lehnte sich eng an das französische Vorbild an. Nicht zuletzt ist der Vormarsch rechtspopulistischer Parteien im Westeuropa der 1990er Jahre, der in etlichen Ländern zur Regierungsbeteiligung bekennender Rassisten geführt hat, nach Ansicht zahlreicher Beobachter als Resultat der Bemühungen der „Nouvelle Droite“ um eine Erneuerung rechtsradikaler Ideologie und Strategie anzusehen.

Als Geburtsstunde des neu-rechten Projektes in Europa gilt die Gründung des Intellektuellenzirkels „Groupement de Recherche et d’Étude pour la Civilisation Européenne“ (G.R.E.C.E.) im Januar 1969 in Nizza. Die Gründungsmitglieder um Alain de Benoist waren bereits während des Algerienkrieges in politischen Vorfeldorganisationen der nationalistischen Rechten tätig gewesen und hatten sich nach dem Scheitern des gemeinsamen Kandidaten der antigaullistischen Rechten, Jean-Louis Tixier-Vignancour, bei den Präsidentschaftswahlen 1965 von der klassischen Parteiarbeit abgewandt. Scharf kritisierten Benoist und seine Anhänger den „heimlichen Leninismus“ und die Theorielosigkeit der traditionalistischen Rechten, die sich aus eigenem Verschulden ins politische Aus manövriert habe. Statt der Fixierung auf die Eroberung der Staatsmacht mittels der Teilnahme an Wahlen propagieren Benoist und die „Nouvelle Droite“ die bodenbereitende Arbeit im vorpolitischen Raum. Ein besonderer Stellenwert kommt bei dieser strategischen Konzeption den Theorien des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci (1891-1937) über die Machterringung und -ausübung in den westlichen Industriestaaten zu, die in den 1970er und 1980er Jahren intensiv von Benoist und seinen Anhängern rezipiert und schließlich für die eigenen Zwecke plagiiert wurden.



Alain de Benoist

Von Gramsci lernt die Neue Rechte, dass vor einer politischen Einflussnahme erst die „kulturelle Hegemonie“, das heißt die Meinungsführerschaft in demokratischen Gesellschaften, errungen werden muss. Erst nach einer erfolgreichen Rechtsverschiebung des gesellschaftlichen Meinungsklimas – etwa über die Etablierung neuer Diskurse, über die Umdeutung von Begriffen, über kultur- und medienpolitische Vorstöße und die Schaffung von Berührungsflächen zur Mehrheitsgesellschaft – kann demnach auch auf politische Erfolge orientiert werden.

Dem Strategiekonzept der „Kulturrevolution von rechts“ weiß sich Benoists Theoriezirkel G.R.E.C.E. von der ersten Stunde an verpflichtet. G.R.E.C.E. verfolgt eine Strategie, die auf eine subtile Beeinflussung der politisch-kulturellen Debatte abzielt. Die hierbei transportierten Ideologeme drehen sich immer um denselben Kern: „Mit ihren kulturpessimistischen Attitüden weiht die ‚Nouvelle Droite‘ die französische wie die gesamte europäische Gesellschaft dem Untergang und führt dabei die Symptome ‚Dekadenz‘ und ‚Krise‘ auf die Gleichmacherei universalistischer Ideale des ‚Judeo-Christentums‘ zurück. Dagegen proklamiert die

GRECE-Philosophie das ‚Recht auf Verschiedenheit' der Kulturen (droit à la différence). Dies sieht nur auf den ersten Blick wie eine pluralistische Weltanschauung aus, denn dem von ihr angestrebten europäischen Reich als nahezu reinrassischer Einheit wird implizit ein besonderer Platz unter den Sozietäten zugestanden; darüber hinaus vertreten die neurechten Denker einen antiegalitären Rechts- und Würdebegriff." (Susanne Falkenberg)

Im Umfeld des G.R.E.C.E. entstand über die Jahre ein Netz von Verlagen, Zeitschriften, Gesprächskreisen und Studiencollegs, um die bis heute in Frankreich zahlreiche Vertreter von ökonomischen und politischen Eliten versammelt sind. Mit alljährlich stattfindenden nationalen Kolloquien unter Beteiligung renommierter Wissenschaftler und Publizisten gelang es G.R.E.C.E., weit über das rechte Lager hinaus Ansprechpartner und Unterstützer zu finden. Im Sommer 1979 löste das Bekanntwerden der Autorenschaft von führenden Vertretern der „Nouvelle Droite" im konservativen „Figaro Magazine" eine lebhafte Debatte in Frankreich aus, in der zum ersten Male die rechtsradikale Ideologie des G.R.E.C.E. öffentlich problematisiert wurde. Obwohl der „Figaro" im Gefolge der Debatte die Zusammenarbeit mit Benoist und seinen Gefolgsleuten aufkündigte, trug diese zur weiteren Verbreitung der Ideen der „Nouvelle Droite" bei.

Die intensive Suche nach Anknüpfungspunkten außerhalb des rechten Lagers blieb auch nach dem Ende des Kalten Krieges zentraler Bestandteil der Strategie der „Nouvelle Droite". Der mit den Veränderungen der weltpolitischen Situation einhergehende Stimmungsumschwung im Europa der 1990er Jahre verbesserten die Ausgangspositionen hierfür in erheblichem Maße: Nicht nur fanden sich zentrale Ideologeme der Neuen Rechten – die Forderung nach einer neuen globalen Rolle Europas in Abgrenzung zu den USA, die „Kulturalisierung" politischer und sozialer Konflikte sowie der Ruf nach Schaffung gemeinschaftsstiftender „Identitäten" auf der Basis ethnischer Zugehörigkeiten – unversehens im Zentrum der öffentlichen Debatte wieder; auch konnten sich die Protagonisten der Neuen Rechten selbst in verstärktem Maße in den öffentlichen Diskurs einbringen und, etwa in den Debatten um die Vergangenheitsbewältigung des Sowjetkommunismus oder den Auseinandersetzungen um die neuen „geopolitischen" Rahmenbedingungen europäischer Sicherheitspolitik, meinungsbildend wirken. Die vielfältigen Annäherungen der Neuen Rechten an den Mainstream-Diskurs führten dazu, dass sich 1993 französische Intellektuelle dazu genötigt sahen, in einem europaweit beachteten Aufruf vor der zunehmenden Akzeptanz neu-rechten Gedankenguts zu warnen und ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass „die Worte der extremen Rechten nicht bloße Ideen unter anderen sind, sondern den Anreiz zu Ausschluss, Gewalt und Verbrechen enthalten".

Gezielt war diese Erklärung nicht zuletzt auf die forcierte Querfrontstrategie der „Nouvelle Droite", die sich ab Anfang der 1990er Jahre intensiv um Bündnispartner auf der postkommunistischen Linken bemühte. Bei gemeinsamen Diskussionsveranstaltungen mit Vertretern der verunsicherten Linken warben Benoist und seine Anhänger unermüdlich für ihre These, dass der Gegensatz zwischen rechts und links zwischenzeitlich gegenstandslos geworden sei und einem Zusammenrücken der einstigen Antipoden im Kampf gegen den gemeinsamen Hauptfeind, die verbliebene Weltmacht USA, nunmehr nichts im Wege stehe. Dieser Logik folgend knüpfte die „Nouvelle Droite" zu Beginn der 1990er Jahre auch enge Kontakte in die ehemalige Sowjetunion, wo sie unter nationalistischen Politikern, Schriftstellern und Militärs aus dem Umkreis der rechtsgewendeten KP Russlands willige Nachahmer fand.

Distanzierte sich Benoist wenig später vom militanten Aktionismus seiner russischen Kampfgefährten, so ist er bis heute seiner Orientierung auf die westeuropäischen Meinungseliten treu geblieben. Bis heute wirbt er für ein Zusammengehen von rechten, liberalen und linken Globalisierungsgegnern und wiederholt gebetsmühlenartig seine These, wonach die „größte Kluft [...] nicht mehr zwischen Rechten und Linken (verlaufe), geschweige denn zwischen ‚Faschismus' und ‚Demokratie', sondern vertikal zwischen Oberen und Unteren, dem Volk und den Eliten, den Volksschichten und der Neuen Klasse, die sie regiert". Die neu-rechten Bündnisangebote blieben nicht ohne Wirkung: 1999 konnte die „Nouvelle Droite" etliche Vertreter anderer politischer Lager für die Unterschrift einer Anzeige in „Le Monde" gegen den Kosovo-Krieg gewinnen – ein weiterer Erfolg bei den Bemühungen um das Aufbrechen der Isolation der Rechtsradikalen im politischen Spektrum Frankreichs.

Benoist gibt sich hiermit freilich nicht zufrieden, sondern redet zwischenzeitlich unverhohlen das Ende der Fünften Republik herbei. In einer Analyse des Wahldebakels der französischen Linken vom vergangenen Jahr charakterisierte er die bis dato praktizierte „Kohabitation" als Symbol für die Austauschbarkeit von Links und Rechts innerhalb der französischen Machteliten an und warnte vor den Folgen einer wachsenden Kluft zwischen dem französischen Volk und „seiner altersschwachen Führungsriege". Dieses Bild unterscheidet sich in keiner Weise von der antidemokratischen Demagogie Jörg Haiders und anderer rechtspopulistischer Parteiführer in Europa und ist in zunehmendem Maße gesellschaftlich anschlussfähig. Vor diesem Hintergrund ist es kein Zufall, wenn der Kopf der „Nouvelle Droite" zustimmend auf den linksrepublikanischen Politiker Jean-Pierre Chevènement und dessen Analyse des „extremen Zerfalls des politischen Systems" in Frankreich rekurriert. Chevènement, der als Minister verschiedenen sozialistischen Regierungen angehörte und 1993 mit dem „Mouvement des Citoyens" (MDC) eine eigene Anti-Maastricht-Partei aus der Taufe hob, zimmerte im vergangenen Jahr, zusammen mit abtrünnigen Gaullisten, Souveränisten, Ex-Sozialisten und Ex-Kommunisten das Wahlbündnis „Pôle Républicain" zusammen, welches seine Präsidentschaftskandidatur unterstützte. Dieses heterogene Bündnis, welches Elemente eines Antikapitalismus mit nationalistischen Versatzstücken und republikanischem Pathos versieht, kann als organisatorische Entsprechung der von Benoist und der „Nouvelle Droite" unter anderen politischen Vorzeichen verfolgten Querfrontstrategie innerhalb des etablierten Spektrums gelten. Zwar kam der „Pôle Républicain" bei den Präsidentschaftswahlen nur auf 5,33 Prozent der abgegebenen Stimmen, er machte aber auf das Potenzial aufmerksam, welches eine zwischen rechts und links changierende populistische Kraft im heutigen Frankreich haben kann und findet nicht zuletzt deswegen das Interesse der Neuen Rechten.

Ob nun die bunte Truppe um Chevènement oder eine andere Formation das Projekt einer lagerübergreifenden Systemkritik weiter vorantreiben wird, ist nicht entscheidend. Von Bedeutung ist vielmehr der schleichende Wandel der politischen Kultur Frankreichs, der das politische Erdbeben des vergangenen Jahres mitbedingt hat: Nicht nur bestimmt Le Pen bereits jetzt auf weite Strecken die Themen der politischen Debatte – die sukzessive Aufweichung des „cordon sanitaire", der bislang die offene Kooperation der bürgerlichen Parteien mit den Rechtsradikalen verhindert hat, im Zeichen einer wachsenden Parteienstaatskritik könnte ihm eines Tages auch einen Sitz am Kabinettstisch bescheren. Das rechtsintellektuelle Netzwerk um die „Nouvelle Droite" dürfte sich dies als größten Erfolg ihres „metapolitischen" Wirkens zuschreiben.

Von Friedemann Schmidt erschien kürzlich die Studie „Die Neue Rechte und die Berliner Republik. Parallel laufende Wege im Normalisierungsdiskurs" (Westdeutscher Verlag).



Subversive Traditionen

Völkische Autonomiebestrebungen in Ostbelgien

Ein aufregendes Jahr hat die kleine, im Osten des Königreichs Belgien gelegene „Deutschsprachige Gemeinschaft" hinter sich. Autonomieforderungen und andere politische Avancen ihrer Führungsspitze beschäftigten die lokale Öffentlichkeit, selbst erfundene Nationalitätenkennzeichen, ein Teddybär und ein deutscher „Vertriebener" rückten dabei in den Mittelpunkt des inzwischen überregionalen Interesses.

Von Jörg Kronauer

Im Osten Belgiens, an der Grenze zu Deutschland, befindet sich ein kleines, ländlich geprägtes Gebiet, dessen etwa 71.000 Einwohnerinnen und Einwohner zum größten Teil deutsch sprechen. Das Gebiet um Eupen und St. Vith hat eine wechselvolle Geschichte hinter sich. 1815 wurde es auf dem Wiener Kongress dem napoleonischen Frankreich entrissen und den neuen Besitzungen Preußens im Rheinland zugeschlagen. „Die Preußen in Aachen! Welche Unvorsichtigkeit. Noch bevor hundert Jahre um sind, werden sie in Antwerpen sein!", kommentierte Lord Castlereigh, der Leiter der britischen Delegation in Wien, die preußische Westexpansion.

Während 1830 durch Abspaltung von den Niederlanden das Königreich Belgien entstand, blieben Eupen und St. Vith das ganze 19. Jahrhundert hindurch preußisch. Nachdem der blutige deutsche Griff nach der Weltmacht zum ersten Mal gescheitert war, wurde das Gebiet im Versailler Friedensvertrag Belgien zugeteilt. Das Deutsche Reich fand sich damit ebenso wenig ab wie mit der Abtretung von Teilen Westpreußens oder Oberschlesiens an Polen; völkische Subversion, die auf den „Anschluss" der deutschsprachigen Gemeinden Ostbelgiens an das Reich abzielte, nahm in den 1920er und vor allem in den 1930er Jahren zu. Sie mündete in die Eingliederung des Gebietes in das nationalsozialistische Deutsche Reich unmittelbar nach dem Einmarsch der Wehrmacht im Mai 1940.

Die Hoffnung, mit der Rückgabe der deutschsprachigen Gemeinden um Eupen und St. Vith nach dem Zweiten Weltkrieg an Belgien seien die deutsch-völkischen Autonomie- und Anschlussbestrebungen endgültig gestoppt worden, trog jedoch. Auch nach der militärischen Niederschlagung des Nazireiches setzten deutsche Organisationen die völkische Subversionspolitik fort, mit der Deutschland schon in den 1920er und 1930er Jahren seine Nachbarstaaten destabilisiert hatte. Sie wurden bei ihrer Tätigkeit, die sie publikumswirksam als Kampf für „Volksgruppenrechte", also kollektive Sonderrechte völkisch definierter „Minderheiten" deklarierten, vom deutschen Staat teils offen, teils verdeckt unterstützt. Auch das Königreich Belgien blieb von der deutschen Subversion nicht verschont.

Der tatsächliche Umfang der deutschen Einflussnahme auf die neun deutschsprachigen Gemeinden Ostbelgiens ist nicht bekannt. Einen Einblick ermöglichen vor allem die Skandale, die diese Einflussnahme begleiteten. Den größten Eklat dürfte dabei wohl die in Düsseldorf ansässige „Hermann-Niermann-Stiftung" verursacht haben, eine der finanzstärksten deutschen Stiftungen, die schon bald nach ihrer Gründung im Jahr 1978 der deutschsprachigen Minderheit um Eupen und St. Vith großzügige materielle Unterstützung angedeihen ließ. Gefördert wurden insbesondere politische Kräfte, die an einer Autonomie des deutschsprachigen Gebietes interessiert waren - mit der Möglichkeit, ein autonomes deutschsprachiges Ostbelgien an Deutschland anzunähern.

Die Tätigkeit der „Hermann-Niermann-Stiftung" wurde einer größeren Öffentlichkeit bekannt, weil ihre Verbindung zu rechtsradikalen Kreisen Aufsehen erregte. Streitigkeiten in den Stiftungsgremien führten zu Prozessen, in deren Verlauf zwei wichtige Erkenntnisse an den Tag kamen: In den Stiftungsgremien zogen anerkannte Rechtsradikale ihre Fäden, die teilweise aus dem Milieu des österreichischen „Südtirol-Terrorismus" stammten. Und: Die Stiftung hatte - im Übrigen unter Verstoß gegen Vorschriften des deutschen Parteiengesetzes - unter anderem die „Partei der Deutschsprachigen Belgier" finanziell unterstützt, also diejenige Partei in Ostbelgien, die am klarsten eine deutsch-völkische Politik vertritt.

Um die öffentliche Kritik an der Stiftung zum Schweigen zu bringen und gleichzeitig ihre finanzielle Einmischung im benachbarten Ausland zu sichern, trennte sich die „Hermann-Niermann-Stiftung" nach und nach von ihren offenkundigen Kontaktpersonen ins rechtsradikale Milieu. Federführend war dabei ihr 1987 ins Amt gebrachter neuer Vorsitzender, Uwe Stiemke. Stiemke verdient besondere Erwähnung, da er eine direkte Verbindung zu den deutschen Ministerialbürokratien herstellt: 1987 arbeitete er im damaligen Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, später wurde er als Ministerialrat ins Bundesinnenministerium übernommen. In den Zuständigkeitsbereich des deutschen Innenministeriums fällt die Finanzierung deutschsprachiger Minderheiten im Ausland.

Die „Hermann-Niermann-Stiftung" unterstützt heute noch Organisationen deutschsprachiger Minderheiten, etwa in Polen oder in der Tschechischen Republik. Ob sie auch in Ostbelgien noch finanziellen Einfluss nimmt, ist nicht bekannt. Sicher ist jedoch, dass sie weiterhin daran Teil hat, den dortigen Widerstand gegen die deutsche Einflussnahme zu schwächen. Dieser Widerstand wurde maßgeblich über die in St. Vith erscheinende Literaturzeitschrift „Krautgarten" vorgetragen, die die ostbelgischen Aktivitäten der Stiftung über lange Zeit scharf und öffentlichkeitswirksam kritisierte. In einem Prozess gegen den „Krautgarten"-Herausgeber hat die Stiftung vor wenigen Monaten eine zweitinstanzliche Verurteilung des Deutschtums-Kritikers erreicht, deren finanzieller Umfang die Existenz der widerständigen Zeitschrift ernsthaft zu bedrohen scheint.

Zeigt die Tätigkeit der „Hermann-Niermann-Stiftung" in Ostbelgien, wie die völkisch motivierte deutsche Einfluss-

nahme vor Ort durchgeführt wurde, so haben die Sonderrechte für die deutschsprachigen Gemeinden Ostbelgiens auf einer anderen Ebene inzwischen stark zugenommen. Dabei handelt es sich um die Ebene der institutionellen Verfassung Belgiens, die - zuletzt mit einer grundlegenden Verfassungsänderung im Jahr 1994 - den einzelnen Gebietskörperschaften weit reichende Befugnisse zugestanden hat.

Dies ist für den deutschsprachigen Teil Ostbelgiens wichtig. Denn die belgische Verfassung unterteilt das belgische Territorium in drei Gebietskörperschaften, die jeweils eines der drei belgischen Sprachgebiete (französisch, niederländisch, deutsch) umfassen und „Gemeinschaften" heißen. Die „Gemeinschaften", darunter die „Deutschsprachige Gemeinschaft" (DG), sind zuständig für Kultur und Bildung in ihrem jeweiligen Gebiet, darüber hinaus für einzelne Bereiche im Gesundheits- und Sozialwesen. Mit der DG besitzen die deutschsprachigen Gemeinden Ostbelgiens eine Verwaltungseinheit, die sie - von einem eigenen Parlament und einer eigenen Regierung geleitet - in bestimmten Bereichen vom belgischen Staat unabhängig macht.



Genau hier setzt die Kampagne an, die der derzeitige Ministerpräsident der DG, Karl-Heinz Lambertz, im vergangenen Jahr gestartet hat. Der Grundgedanke ist banal: Je mehr Zuständigkeiten sich die DG verschaffen kann, desto größer wird ihre Autonomie. Genau das aber ist das Ziel, das Lambertz - ein Sozialdemokrat - inzwischen weitgehend unwidersprochen anstrebt: Eine maximale Autonomie der DG im belgischen Staat.

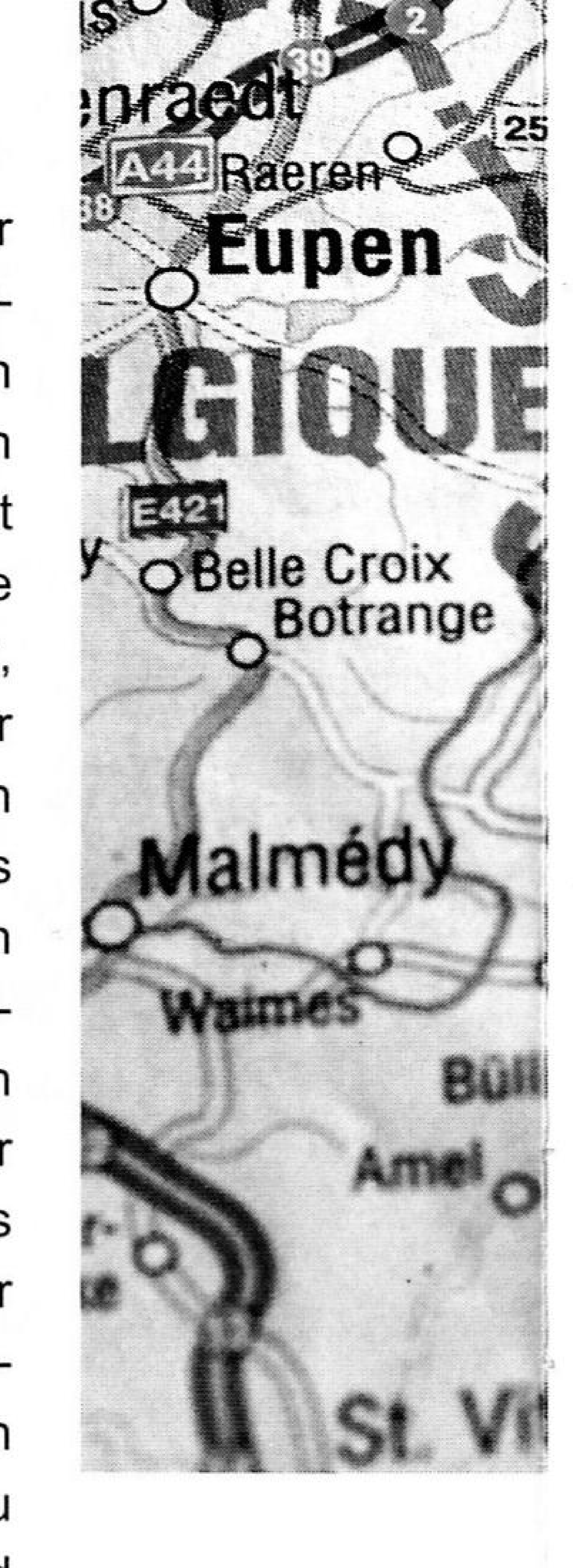
Lambertz begann seine Kampagne im Frühjahr 2002 mit dem Aufbau einer „Ständigen Vertretung" der DG in Bruxelles. Dort hat die belgische Regierung, vor allem aber die Europäische Union ihren Sitz; und gerade bei der EU, die ja bekanntlich eine ganze Reihe von Regionalfördermaßnahmen durchführt, sollte ein Lobbyist die DG vertreten.

Parallel dazu ging Lambertz selbst an die Öffentlichkeit. Die DG wolle mehr Kompetenzen erhalten, verkündete er, und er erklärte auch, wo er sie bekommen wollte: Bei der Region Wallonie. Das ist eigentlich selbstverständlich. Denn das Königreich Belgien ist inzwischen kein Zentralstaat mehr, sondern ein Föderalstaat, dessen „Regionen" (sie entsprechen den deutschen Bundesländern und sind nicht mit den „Gemeinschaften" identisch) weit reichende Kompetenzen besitzen. Während den „Gemeinschaften" vor allem Kultur und Bildung vorbehalten ist, regeln die „Regionen" etwa Wirtschaft und Verkehr, Städte- und Straßenbau, Landwirtschaft, Energieversorgung und Außenhandel.

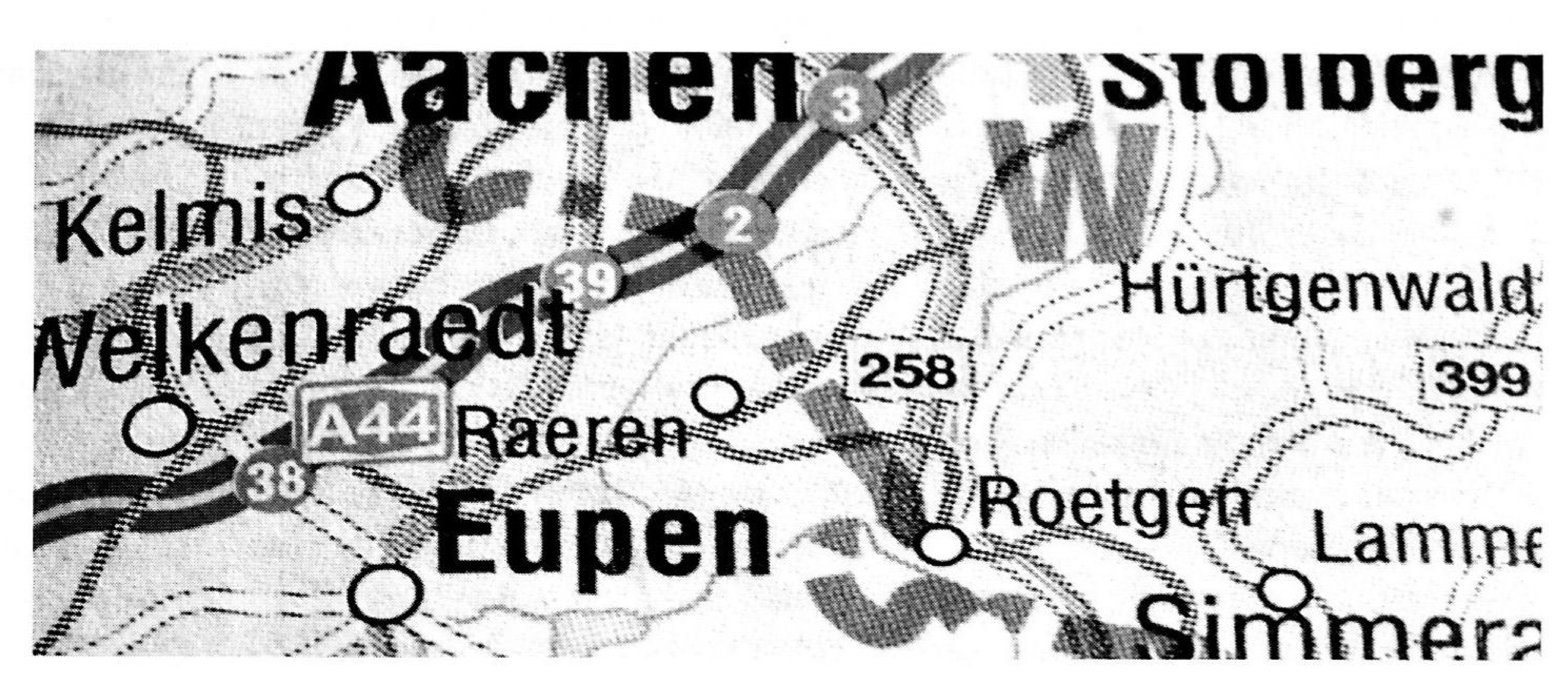
Lambertz begann also im vergangenen Jahr, von der Region Wallonie, der die deutschsprachigen Gemeinden in den nicht von der DG verwalteten Belangen unterstehen, die Übertragung von Kompetenzen zu verlangen. Bei der Gemeinde- und Provinzverwaltung, der Raumordnung, dem Wohnungs- und Straßenbau sowie der Landwirtschaft solle die DG „eigenständig" werden, verlangte Lambertz; langfristig müsse die DG als „gleichberechtigte Region" anerkannt werden. Eine gefährliche Forderung: Immer wieder flammen die Debatten darüber auf, ob Belgien unter dem Druck des flämischen Separatismus zerbrechen wird; sollte dies eintreten, könnte die DG - vorausgesetzt, sie wäre dann eine eigenständige „Region" - ihre Unabhängigkeit erklären.

Das Verlangen nach zusätzlichen Kompetenzen untermauerte der Ministerpräsident der DG mit einer deftigen Öffentlichkeitskampagne. Sie begann im Sommer 2002 mit der Produktion bisher unbekannter Kfz-Nationalitätenkennzeichen. An jeden deutschsprachigen Haushalt verteilte die Eupener Regierung weiße ovale Autoaufkleber mit dem Kürzel „DG"; ostbelgische Fahrzeuge trugen die Vermutung, dabei handele es sich um einen neu entstandenen Staat mit dem Namen „Deutschsprachige Gemeinschaft", durch ganz Europa. Parallel entwickelte Lambertz unorthodoxe Vorschläge, um das Bewusstsein in den deutschsprachigen Gemeinden für eine angebliche eigenständige Identität zu fördern. Jedes neugeborene Baby solle fortan einen Teddybär mit der Aufschrift „DG" geschenkt bekommen, verkündete er Anfang September letzten Jahres.

Doch der September entwickelte sich für Lambertz zum Unglücksmonat: Die „Affäre Horn" bremste seinen Drang nach Autonomie. Recherchen des deutschsprachigen „Belgischen Rundfunks" (BRF) hatten ergeben, dass der von Lambertz wenige Monate zuvor mit dem Aufbau der Ständigen DG-Vertretung in Bruxelles beauftragte Lobbyist ein deutscher Staatsbürger war. Und nicht nur das: Jörg Horn, der offenbar unter Umgehung der üblichen Gepflogenheiten ins Amt geschleust worden war, hatte hartnäckig versucht, als Vertreter der belgischen DG in den Leitungskreis der EU-Vertretungen deutscher Bundesländer aufgenommen zu werden. Bevor er den Job in Bruxelles annahm, war der „Volksgruppen"-Spezialist im deutschen „Vertriebenen"-Milieu aktiv gewesen und hatte in mehreren Artikeln für das „Ostpreußenblatt" Konzepte entwickelt, die dazu geeignet sind, die Souveränität ausländischer Staaten zu beschädigen.



Es gelang der DG-Regierung nicht, die „Affäre Horn" auszusitzen; Horn musste gehen, und die Autonomie-Offensive wurde etwas gedämpft. In diesem Jahr, das hat Lambertz bereits angekündigt, soll sie fortgesetzt werden. Im politischen Alltag allerdings geht die schleichende Ausrichtung der neun deutschsprachigen Gemeinden Ostbelgiens auf die Entwicklungskonzepte der europäischen Hegemonialmacht Deutschland weiter. Die „Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgiens" etwa fördert weiterhin die Ansiedlung deutscher Unternehmen im Grenzgebiet des westlichen Nachbarn. Die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen Eupen und Aachen wird ausgebaut. Und ein auf zehn Jahre angelegtes Entwicklungsprojekt der Stadt Eupen wird aller Voraussicht nach nicht von belgischen Fachleuten erarbeitet, sondern von deutschen Raumplanern von der RWTH Aachen.



Nicht abgeschlossen

Die Transformierung deutscher Erinnerungskultur

Die Zeit des (Be-)Schweigens und des Leugnens sind die 1950er und ein Großteil der 1960er Jahre genannt worden. Spätere Gesten der Entschuldigung wurden umso lebhafter begrüßt. Willy Brandts Kniefall in Warschau steht hierfür ebenso wie Richard von Weizsäckers als neue gesellschaftliche Versöhnung intendierte Rede am 8. Mai 1985, in der er den so genannten vergessenen Opfern zugestand, Opfer des Nationalsozialismus und nicht „Kriminelle", (geistig) „Kranke", „Perverse" oder einfach „Asoziale" gewesen zu sein.

Von Rolf Surmann

Daneben entwickelte sich über die Verfolgtenverbände und einige spezielle Organisationen hinaus eine Bewegung der Aufarbeitung von Verfolgung und Widerstand, oft vor Ort oder als Reflexion der eigenen Berufstätigkeit. Für viele war dies „Geschichte von unten". Im Gegensatz zur politischen Geste verwies sie auf gesellschaftliche Kontinuitäten, forderte den Bruch mit der nationalsozialistischen Geschichte und gab sich nicht wie die offiziöse Politik als dessen Vollzug aus.

Die neu erworbene Fähigkeit, über NS-Verbrechen sprechen zu können, führte bei den politischen Repräsentanten jedoch nicht dazu, der historischen Verpflichtung gemäß zu handeln. Am besten erkennbar wird dies am Verhalten gegenüber den Verfolgten selbst. Brandts Kniefall beispielsweise hatte nicht zur Folge, dass die polnischen NS-Opfer entschädigt wurden. Ähnlich verhielt es sich mit den Konsequenzen aus der Weizsäcker-Rede. Die historische Erinnerung der Politiker verblieb somit im Wesentlichen auf der Ebene der Symbolik und wurde zu einem Ersatzhandeln, das der konkreten Verantwortung gegenüber den Opfern auswich.

Die erinnerungspolitischen Konsequenzen aus dem Zusammenbruch Osteuropas verschärften diese Grundkonstellation. Zum einen erfolgte eine Überlagerung der Erinnerungsebenen und oft auch ein Perspektivwechsel, der nicht nur die NS-Opfer als zweitrangig erscheinen, sondern auch den Blick auf NS-Täter unscharf werden ließ, sofern sie zugleich als „Opfer des Kommunismus" erschienen. Zum anderen kam es zu einer relativistischen Einordnung der nationalistischen Verbrechen unter dem Schlagwort von den „zwei Diktaturen", deren Opfer es gemeinsam zu gedenken gelte. Damit wurde auch der Blick auf die NS-Verbrechen selbst unscharf. Die spezifische Qualität dieser Verbrechen gegen die Menschheit wurde mit „Menschenrechtsverletzungen" tendenziell gleichgesetzt. Dies eröffnete den Zugang zur (kriegerischen) Weltpolitik im Zeichen des Kampfs für Menschenrechte mit der gleichzeitigen Konsequenz des Rollenwechsels vom Angeklagten zum Ankläger. Die Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien war hierfür der Präzedenzfall. In der historischen Dimension war dies aber auch die Neuformulierung des Diskurses der Täter als Opfer. Vertreibung, Dresden, sowjetische Internierungslager sind hierfür einschlägige Stichworte. Die 1990er Jahre wurden so zur Zeit des entscheidenden historischen Distanzgewinns.

Deutschland hatte damit für sich abgeschlossen, was die übrige westliche Welt noch als Aufgabe sah: nach Beendigung des Kalten Krieges die Fehler und Versäumnisse aus der Zeit vor und nach 1945 aufzuarbeiten. Hierfür gab es zwei Ansätze. Die Clinton-Administration begann Anfang der 1990er Jahre die Forderungen des „World Jewish Congress" nach Rückerstattung und Entschädigung weltweit zu unterstützen. Darüber hinaus begriff sie diese Bemühungen auch als einen historischen Aufarbeitungsprozess mit dem Ziel, bis zum Ende des Jahrhunderts „to establish the truth". Parallel hierzu spitzten sich nationalstaatliche Diskussionen zu, die unter dem Motto „Krise der nationalen Nachkriegsmythen" seit Jahren über das Verhalten gegenüber dem Nationalsozialismus geführt wurden. Mit der Aufdeckung der zentralen Rolle deutscher Banken bei der Vermarktung des NS-Raubgoldes begann der Zusammenbruch der deutschen Abschottung. Entsprechend ihrer „Emanzipation" von der Täterrolle weigerte man sich jedoch, die Schuld anzuerkennen. So erklärten sich die „Stifter" im später unumgänglichen Abkommen zur Zwangsarbeiterentschädigung lediglich bereit, „humanitäre Leistungen" zu erbringen. Umgekehrt delegitimierten sie durch die Adaption der „Holocaust-Industrie"-Vorwürfe eines Norman G. Finkelstein die Opfer und griffen sie erneut an, analytisch fassbar als „sekundärer Antisemitismus".

Das Ziel der US-Regierung wurde nicht erreicht. Weder sind die Probleme hinsichtlich der Entschädigung von NS-Opfern gelöst, noch ist die Debatte über die NS-Verbrechen und über das Versagen bei ihrer Aufarbeitung abgeschlossen. Dennoch fand im Anschluss an die Konferenzen in London und Washington eine internationale Tagung in Stockholm statt, auf der über die Vermittlung der Erinnerung an den Holocaust beraten wurde. Diese Aufgabenstellung wird allgemein als „Universalisierung der NS-Erinnerung" bezeichnet. Der „Auschwitz-Code" soll so zu einer zentralen Metapher der westlichen Zivilisation werden. Was hieran richtig und was problematisch ist, wird genau zu diskutieren sein. Die Bundesrepublik Deutschland jedenfalls hat sich diesen Bestrebungen vorbehaltlos angeschlossen. Damit wird jedoch der Widerspruch zwischen der mangelnden Bereitschaft zur Übernahme konkreter historischer Verantwortung und dem kulturellen wie politischen Umgang mit der Geschichte enorm verschärft. Erinnerungskultur wird damit selbst problematisch. Denn die Auseinandersetzung mit dem Holocaust droht in dieser neuen Konstellation zu einem Mittel politischer Affirmation zu werden.

Gau-Dreieck verboten

Das Landgericht Berlin hat einen 23-jährigen Neonazi aus Sachsen wegen des Tragens des „Gau-Dreiecks" zu einer Geldstrafe von 900 Euro verurteilt. Das schwarze Stoffdreieck mit dem Namen des „Gaus" wurde in der „Hitler-Jugend" (HJ) verwendet. Der Bundesgerichtshof hatte im Sommer letzten Jahres entschieden, dass sich jeder strafbar macht, der öffentlich das Kennzeichen der HJ oder ein sehr ähnliches Emblem trägt.

Zeitnerv und Opferwahn

Zur neofaschistischen Rezeption der Bombenkriegsdebatte

Wohl kein anderes Buch wird derzeit in der Bundesrepublik so breit diskutiert wie Jörg Friedrichs „Der Brand - Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945".

Von Gerd Pfarrland

Dies vor allen Dingen deshalb, weil es nach den kürzlich abgelaufenen Debatten um Flucht und Vertreibung und Stalingrad Deutschen ein weiteres Mal Anknüpfungspunkte bietet, um sich öffentlich als Opfer des Zweiten Weltkriegs und dessen Konsequenzen zu gerieren. Die Täterrolle wird wieder einmal externalisiert, nämlich hier auf die westlichen Alliierten, deren Piloten die Luftangriffe auf Deutschland flogen.

Auch in den rechtsradikalen und neofaschistischen Periodika wird ausführlich an der Debatte angeknüpft und Friedrichs Buch wohlwollend beworben, da es den extrem Rechten thematisch eine Steilvorlage bietet und rechte Ideologeme in Diskurse der gesellschaftlichen Mitte eingebracht werden.

Die „Junge Freiheit" (JF) titelte in ihrer Ausgabe vom 6. Dezember letzten Jahres „Das deutsche Trauma – Ein Buch über den Bombenkrieg trifft den Nerv der Deutschen". Jörg Friedrich habe eine „Erinnerungswelle" ausgelöst. Dieter Stein fragte sich, warum erst jetzt über die „deutsche Tragödie" öffentlich diskutiert werde. Der Grund liege darin, dass „die wissenschaftlichen Schlachten [...] geschlagen" seien, „der Kalte Krieg ist vorbei." Weil „die Facetten der Verbrechen des Hitlerregimes in einer Weise aufgearbeitet" und „im kollektiven Gedächtnis seit Jahrzehnten allgegenwärtig" seien, sei ein „Vakuum entstanden", in das „Günter Grass mit seinem ‚Krebsgang' und nun Jörg Friedrich [...] vorgestoßen" seien. Nun endlich wende „man sich mutig den eigenen Opfern zu."

Stein erklärte, Friedrich zerstöre mit seinem Buch „den Mythos, der bestialische Vernichtungskrieg durch Flächenbombardements stehe in irgendeinem Zusammenhang mit den industriellen Vernichtungsaktionen des Hitlerregimes an den europäischen Juden."

Doris Neujahr beschwerte sich stattdessen darüber, dass der Bombenkrieg „uns dazu verurteilt" habe, „häßliche, vergangenheitslose Städte zu bewohnen" – „eine Demütigung, die sich fortpflanzt."

Eine 14-seitige Sonderbeilage „Der Tod fiel vom Himmel – Schicksale im Bombenkrieg 1940-1945" mit „Erlebnisberichten" von JF-LeserInnen veröffentlichte die JF am 14. Februar diesen Jahres. In diesen Berichten werden die alliierten Luftangriffe völlig entkontextualisiert dargestellt.

In der JF vom 20./ 27. Dezember letzten Jahres werden die Täterrollen von Frank Philip klar zugeteilt – der britische Premier Winston Churchill und Sir Arthur T. Harris, General der Royal Air Force, seien „der Teufel und sein Beelzebub".

Der „Deutschenhasser Churchill" ist auch für die „Nation & Europa" (N&E) (Nr. 1/2003) derjenige, der „maßgeblich zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs beitrug", während Hitler ihm „ein Friedensangebot nach dem anderen" unterbreitete – „doch Churchill sabotierte jede Verständigung." Klaus Hansen schreibt in derselben Ausgabe, gegen die Zahl deutscher Opfer und das Maß der Zerstörung deutscher Städte „nehmen sich die New Yorker Bilder vom 11. September 2001 – man verzeihe diesen Vergleich – eher marginal aus." Auch hätten „internationale zionistische Lobbyisten Deutschland 1933 ‚den Krieg erklärt'".

In N&E 2/2003 behauptet Anton Vergeiner unter der Überschrift „Auf dem Weg zur Normalität?", die Erinnerung an die Bombennächte sei „hinuntergeschluckt" worden - „ein kollektiver Akt der Verdrängung" - und habe einem „Erinnerungsverbot" unterlegen. Neu seien Friedrichs Thesen nicht, „aber die Tatsache" zähle, dass „plötzlich darüber gesprochen, diskutiert werden darf". Die Deutschen hätten endlich „den Gesprächsfaden mit ihrer Vergangenheit an einem neuen Ende aufgenommen" – „Deutsche als Opfer, herausgerückt aus der ewigen Täterrolle." Daraus könne „viel Gutes erwachsen, zum mindesten etwas mehr Normalität im Umgang mit sich selbst und anderen."

In der „Deutschen Stimme" (DS) (2/ 2003) nimmt die Rezeption geschlossen wahnhafte Züge an, wenn der NPD-Vorsitzende Udo Voigt von der „Lüge der Alleinkriegsschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg" schwadroniert und von Hitler behauptet, dass dieser „Fliegerangriffe auf die Zivilbevölkerung der gegnerischen Länder vermeiden" wollte, im Gegensatz zu Churchill, der „im Nürnberger Prozeß" gerechterweise „auf die Anklagebank gehört" hätte. Der deutsche Luftangriff auf Rotterdam sei „kriegsrechtlich gedeckt" gewesen und „eine deutsche Staffel" habe „versehentlich über einem Londoner Wohnviertel Bomben" abgeworfen. Eine Verknüpfung von Erinnerungsabwehr und Täter-Opfer-Umkehr vollzieht Voigt mit der Frage: „Wieviel Vietnam, Korea, Palästina, Afghanistan und Irak müssen noch geschehen, bis unsere Regierenden nicht mehr auf so hetzerische Thesen wie ‚Der Tod ist ein Meister aus Deutschland' mit eingeübter Unterwürfigkeit reagieren?"

Jürgen W. Gansel sieht in derselben DS-Ausgabe gar einen durch die Debatte hervorgerufenen „historiographischen Gezeitenwechsel", das „Ende der historischen Schuldknechtschaft" Deutschlands. Das Jahr 2002 markiere mit seinen geschichtspolitischen Debatten einen „Wendepunkt in der nachkriegsdeutschen Geschichtswahrnehmung", und nach dem Buch „Der Brand" werde „geschichtspolitisch nichts mehr so sein, wie es vorher war: Die Opfer- und Täterrolle wird neu vergeben." Das Buch treffe „den Nerv der Zeit und das Verlangen der Deutschen, ‚Trauerarbeit' (Alexander Mitscherlich) endlich einmal auch für die eigenen Volksangehörigen leisten zu dürfen."

Rostocker Brandstifter verurteilt

Das Landgericht Rostock hat im Januar diesen Jahres zwei Männer zu Freiheitsstrafen von viereinhalb Jahren und einem Jahr und sieben Monaten verurteilt. Zwei Jugendliche erhielten je zwei Jahre Haft auf Bewährung. Sie wurden wegen versuchter Brandstiftung, versuchter Körperverletzung und Sachbeschädigung verurteilt. Die vier hatten im Juli letzten Jahres einen Brandsatz in das Rostock-Lichtenhagener „Sonnenblumenhaus" geworfen – zehn Jahre nach den pogromartigen Ausschreitungen an dem Gebäude.

Sperrung von Nazi-Pages rechtens

Das Kölner Verwaltungsgericht hat die von der Düsseldorfer Bezirksregierung verfügte Sperrung des Zugangs zu extrem rechten Homepages als rechtmäßig bestätigt. Damit lehnte es einen Eilantrag eines Kölner Internatanbieters gegen die Sperrverfügung ab (Az: 6 L 2495 / 02).

Stereotype Konstruktionen

von Janine Clausen

Bis heute wirken „Zigeuner“-Stereotypen – von dem faulen, diebischen Volk bis hin zu den freien, musikalischen Fahrenden – in der deutschen Gesellschaft. So präsent das projizierte Stereotyp des antibürgerlichen Subjekts ist, so marginal sind die Studien zum Antiziganismus. Die Vitalität dieses Rassismus, offenbart Änneke Winckels Studie „Antiziganismus“.

Mit dem Ende des real-existierenden Sozialismus verschärfte sich die Situation der in Osteuropa lebenden Roma dramatisch. Aus diesem Grund, erläutert Winckel, flohen einige nach Deutschland, wo sie sofort als „Wirtschaftsasylanten“ diffamiert und ihre schnelle „Wiederrückführung“ forciert wurde. Die gesellschaftliche Ablehnung reiche von umgedrehten Reisigbesen, über gezielte Angriffe und staatliche Verordnungen bis hin zu stereotypen Berichten. Aber Winckels Buch offenbart nicht nur - basierend auf einer Auswertung von Tageszeitungen und Zeitschriften - die Dimension des Antiziganismus, sondern zeigt auch auf, wie die traditionellen Stereotype modernisiert werden. Die grundsätzliche „Stabilisierung der ‚Zigeuner‘-Konstruktion“ durch staatliche Politik umreißt Winckel mit Bezug auf Wulf D. Hund.

Hund betont, dass „aus der ideologischen Verbindung des vaterlandslosen mit dem müßigen Gesindel (die) Zigeuner hervorgegangen sind“, die als fremd gelten, „weil sie die Anforderungen der Neuzeit an die unteren Klassen verweigerten“.

Wie das über Jahrhunderte konstruierte „Zigeuner“-Stereotyp mittels eines „romantischen Rassismus“ aktualisiert wird, analysiert Hunds Autorenteam in „Zigeunerbilder“. Exemplarisch zeichnet u.a. Kurosch Sadjadie-Nasab diese Idealisierung des Stereotyps in Disneyland nach und Andreas Speit zeigt diese Konstruktion in der Esoterik auf. Die romantische Dimension führe aber nicht nur in der Politik und Kultur zur Reproduktion der Stereotype, sondern auch in der Wissenschaft. „Der Traum der Tsiganalogie“, so Hund „beschwört Zigeuner als historisches Subjekt und erwartet von ihm die Durchsetzung einer (romantischen) Utopie [...]. Der Versuch, mit seiner Hilfe Emanzipation zu denken, kann das Paradigma des Zigeunerstereotyps nicht durchbrechen“. Erst, so Winckel, wenn die Betroffenen „politisches Subjekt“ werden dürften, dann würde sich der Handlungsrahmen verändern. Welche Motive dies verhindern, offenbaren beide Studien.

Änneke Winckel: Antiziganismus. Rassismus gegen Roma und Sinti im vereinigten Deutschland, Münster: Unrast 2002, 197 Seiten, 14,00 Euro.

Wulf D. Hund (Hg.): Zigeunerbilder. Schnittmuster rassistischer Ideologie, Duisburg: Diss 2000, 138 Seiten, 9,00 Euro.

Mörderische Institution

von Franz Mantisek

Das „Reichssicherheitshauptamt“ (RSHA) wurde 1939 aus „Gestapo“, Kriminalpolizei und dem „Sicherheitsdienst“ (SD) der SS begründet. Reinhard Heydrich war bis zu seinem Tod der Leiter dieses Amtes, bei dem es sich, wie Michael Wildt in seiner Studie über das RSHA darlegt, um eine „spezifisch nationalsozialistische Institution neuen Typs“ handelte, die aus staatlichen sowie aus Parteiorganisationen bestand. Das RSHA war losgelöst von normenstaatlichen Beschränkungen, seine Aufgabe war einzig die „Abwehr und Vernichtung der völkisch definierten Gegner“. Es fungierte als „weltanschaulich orientierte Polizei“ zur „Reinhaltung des deutschen Volkskörpers“. Heydrich sprach auch von der „kämpfenden Verwaltung“.

Der Historiker Wildt formuliert in seinem Buch eine Institutionengeschichte und ein Strukturenporträt des RSHA, und versucht auch eine Analyse der Herkunft, Weltanschauung und des Sozialcharakters seiner Akteure. Dabei wird deutlich, dass es sich bei den Führungskräften der Behörde nicht um sozial Deklassierte, sondern um eine gesellschaftliche Elite – um jüngere, politisch engagierte Männer aus der Mitte der Gesellschaft – handelte, unter denen sich eine Vielzahl von Akademikern – nicht selten mit Doktortitel – befand, die ihre viel versprechenden Karrieren und sicheren Existenzen aufgaben, um sie der NS-Ideologie zu widmen. Sie waren keine ausführenden „Verwaltungsbeamte“, sondern Organisatoren und Planer des Massenmordes, aber auch phasenweise direkt – wie der RSHA-Amtschef und Chef der „Einsatzgruppe D“, Otto Ohlendorf, – an der Durchführung von massenhaften Erschießungen durch Einsatzgruppen hinter der Frontlinie beteiligt. Das RSHA hatte also eine aktive Rolle in der Vernichtungspolitik inne.

Wildts Buch ist ein trotz seines nicht ganz günstigen Preises höchst empfehlenswertes Standardwerk, das eine Kerninstitution der NS-Gesellschaft umfassend beleuchtet.

Michael Wildt: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg: Hamburger Edition 2002, 964 Seiten, 40 Euro.

Impressum:
Verlag Der Rechte Rand GbR, Rolandstr.16, 30161 Hannover
Postanschrift: Der Rechte Rand, Postfach 1324, 30013 Hannover
Fax: 0511 / 33 60 221
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Werkdruck Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Rückkehr des Vergangenen

von Janine Clausen

„Normalerweise kann Kunst nichts direkt verändern", betont Henning Mankell. Ganz selten habe ein einzelner Roman oder ein Film die Kraft, soziale Veränderungen hervorzurufen. Dieser „ganz seltene" Impuls ist allerdings dem Bestsellerautor mit seiner jüngsten Publikation „Die Rückkehr des Tanzlehrers" gelungen. Denn in dem Roman wird nicht nur eine Kriminalgeschichte erzählt, sondern auch ein Stück deutsch-schwedischer Geschichte. Beides so sensibel, dass der Roman in Schweden eine Debatte über das vorherrschende Selbstbild vom Nationalsozialismus auslöste.

Stefan Lindman, Mankells neuer Kommissar, erfährt am selben Tag, dass er Krebs hat und dass sein ehemaliger Kollege Herbert Molin Opfer eines brutalen Mordes geworden ist. Um sich von der anstehenden Operation abzulenken, fährt der 37 Jahre alte Polizeibeamte nach Norrland, wo sein geschätzter Kollege seit seiner Pensionierung in völliger Abgeschiedenheit lebte. Warum, findet Lindman gemeinsam mit dem dort zuständigen Polizeikollegen bald heraus. Sie entdecken, dass ihr Ex-Kollege ein ehemaliger SS-Mann war, der sich 1942 als Freiwilliger der nationalsozialistischen Bewegung anschloss, für Hitler in den Krieg zog und offenbar bis zu seinem Lebensende seiner Überzeugung treu geblieben war. Wenig später wird Molins Nachbar ebenso brutal hingerichtet aufgefunden.

Bei der Spurensuche stolpert Lindman über sich selbst. Er fragt sich, wieso er bei der früheren Zusammenarbeit mit Molin dessen Einstellung nicht wahrgenommen hat. Beim Beantworten dieser Frage offenbart sich ihm, dass selbst die eigene Familie mit rechten Organisationen verwoben ist. Er erinnert sich alltäglicher Äußerungen seines Vaters und merkt, dass ihm Vieles hätte auffallen können. Warum es ihm so leicht fiel, Parolen zu überhören und Indizien zu übersehen, scheint dem kollektiven Gedächtnis Schwedens geschuldet zu sein. „Der Nationalsozialismus war im Schweden der dreißiger und bis 1943 oder 44 sehr viel verbreiteter gewesen, als den meisten heutzutage bewußt war", stellt er fest. „Es hatte mehrere nationalsozialistische Parteien gegeben. [...] Hinter den paradierenden Männern und Frauen hatte sich eine graue Masse anonymer Menschen befunden, die Hitler verherrlicht und nichts sehnlicher gewünscht hatten als eine deutsche Invasion und ein nationalsozialistisches Regime." Aber im Geschichtsunterricht lernte er „ein Schweden" kennen, „dem es durch Klugheit und vorsichtiges Taktieren gelungen war, sich aus dem Krieg herauszuhalten".

Langsam nimmt Lindman auch wahr, dass „der alte Nationalismus tot ist, aber er wächst und gedeiht in neuen Formen. Wenn man die richtigen Steine umdreht, kommen sie aus ihren Löchern. Die Rassisten, die Übermenschen. Alle, die sich auf dem Müllhaufen der Geschichte inspirieren lassen." Trotz dieser Erkenntnis übersieht er bei den Ermittlungen erneut die Gegenwärtigkeit des Vergangenen. Was nicht nur ihn gefährdet.

Henning Mankell: Die Rückkehr des Tanzlehrers, Wien: Paul Zsolnay Verlag 2002, 512 Seiten, 24,90 Euro.

Dunkle Ränder

von Anne Rieger

Ulrich Ritzel schreibt in „Die schwarzen Ränder der Glut" zur antifaschistischen Aufklärung in den 1970er Jahren. 1972, in den Monaten der RAF-Fahndungshysterie, wird ein Mann von einem Polizisten in Mannheim erschossen. Der vermeintliche Drahtzieher eines Überfalls auf den Geldtransport der Landesbank stellt sich aber als unschuldig heraus. Die Selbstanzeige des dem Kriminalkommissar Berndorf unterstellten Beamten wird niedergeschlagen.

30 Jahre später erhängt sich der Polizist. Sein Abschiedsbrief bewegt den inzwischen aus dem Dienst ausgeschiedenen Berndorf zu privaten Ermittlungen. Diese führen zum Geschehen und zu den Personen im Sommer 1972 zurück, die in der Redaktion einer regionalen SPD-Zeitung „mehr Demokratie" wagen wollten. Berndorf sucht sie nun alle wieder auf. Im Mittelpunkt der Handlung steht der linke Scharfmacher von einst, Ernst Moritz Schatte, der sich zum rechtsnationalen Professor gewendet hat.

Berndorf recherchiert im Elsass, Heidelberg, Mannheim und einer noblen politischen Akademie auf der schwäbischen Alp. Dabei begegnet seiner Kollegin Tamar unter mysteriösen Umständen nicht nur Professor Schatte, sondern auch der Verfassungsschutz. Die Staatspartei und die Opposition sind ebenfalls involviert. Der Marsch durch die Institutionen - in einem Krimi äußert spannend nachvollzogen.

Ulrich Ritzel: Die schwarzen Ränder der Glut, Konstanz: Libelle Verlag und Büchergilde Gutenberg 2001, 411 Seiten, 22,90 Euro.

